

Pozener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Pozen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsr. 16.)
bei G. H. Ulrich & Co.
Belehrstraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Kreisland,
in Breslau bei Emil Habath.

Nr. 43.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Pozen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtages.

Z Berlin, 17. Januar. Die diesmalige Thronrede für den Landtag röhrt offenbar aus der Feder Camphausens. Die Finanzverwaltung ist in den Vordergrund gerückt und mit Vorprüchen reichlich bedacht. Das Jahr 1873 hat, wie schon seit April v. J. bekannt, vornehmlich in Folge des Mehrüberschusses beim Bergdepartement (12 Millionen Thaler) und der Mehrrerträge aus den Forsten und den Stempelsteuern einen Überschuss von 21 Millionen Thaler (1872 Überschuss 27 Millionen Thaler) ergeben, wovon nach stattgehabten außerordentlichen Schuldentlastungen noch 13 Millionen Thaler für die Bedürfnisse des Jahres 1875 erübrigten. Mit den in den Anschlügen pro 1875 hervortretenden Einnahmeausfällen aus Steuer-Reformen und Erlassen wird etwas zu viel Brunk getrieben; es handelt sich dabei nur um den Wegfall des Zeitungstempels und den Einnahmen aus dem Chausseegeld (zusammen 2½ Millionen Thaler). Der Fall der Mabs- und Schlachtfeste bleibt ohne Einfluss, weil das Klassenstein-Kontingent entsprechend erhöht worden ist. Weitere Steuerreformen kündigt Herr Camphausen nicht an, wie wohl die von ihm erwartete Erhöhung der Matrikularbeiträge für das Reich nicht eingetreten ist und er noch am 14. Februar 1874 im Herrenhaus erklärt hat, er „würde sich für verpflichtet gehalten haben, schon auf größere Steuererlassen hinzuwirken, wenn er nicht stets den Blick darauf gerichtet hätte, daß offenbar die Heeresorganisation in Zukunft bedeutend größere Mittel in Anspruch nehmen werde.“ Die Thronrede macht auch nicht ersichtlich, daß man zur Dotation der Provinzen, abgesehen von den bereits im vorjährigen Etat ausgeworfenen Summen, mehr verwenden will, als erforderlich ist, um die den Provinzen neu zu überweisenden Ausgaben zu decken. Der endlich gefasste Beschluss, daß gesammte Wegebauweise, Unterhaltung und Neubau, den Provinzen zu überweisen, macht zwar mit der Dezentralisation einen Anfang (ca. 8 Mill. Thlr. scheiden damit aus dem Staatsbudget aus), immerhin aber auch nur einen Anfang. Vielleicht hätte man schon jetzt auch einen Theil des Wasserbaus den Provinzen übertragen können. Im landwirtschaftlichen Ministerium könnte beispielweise auch sehr viel dezentralisiert werden; man will aber offenbar dort die kleinste Gebietschälerung vermeiden, um nicht die Unbefristigkeit eines besonderen landwirtschaftlichen Ministeriums noch augencheinlicher zu machen.

Das in der Thronrede angekündigte Gesetz über die Dotation der Provinzen wird sowohl wegen dieser Auswahl und des Umfangs der aus dem Staatshaushalt abzuzweigenden Verwaltungen, als auch wegen des Maßstabes der Dotation nicht geringen Schwierigkeiten begegnen, wenn auch zugegeben werden muß, daß die dabei zur Entscheidung kommenden Fragen mehr technischer als politischer Natur sind. Über die Provinzial-Ordnungen und das Gesetz über die Verfassung der Verwaltungsgesetzte und die Errichtung eines Ober-Verwaltungsgesetzte wird man sich leicht einigen. Der Gesetzentwurf, die Provinz Berlin betrifft, bedarf dagegen einer vollständigen Umarbeitung, da es sich dabei nicht um eine Provinz, sondern um die Regelung eines Gemeindeverhältnisses handelt. Die Reform des Kommunalwesens in den westlichen Provinzen erscheint in der Thronrede in sehr entferntem Hintergrunde; auch vom Erlaß einer allgemeinen Städteordnung ist nicht die Rede. Die vom Professor von Sybel angekündigte Agitation gegen die im ersten Entwurf der Regierung vorgefahrene Wahl der Landbürgermeister trägt offenbar einen großen Theil der Schuld daran, daß die Reform der jämmerlichen Landgemeindeordnungen von Rheinland-Westfalen nunmehr wieder in eine ungewisse Ferne entrückt ist. Bewerkenswert ist folgender darauf bezügliche Satz in dem vorgestern im Staatsministerium ausgegebenen offiziösen Mitteilung: „Wenn das Organ der hiesigen Nationalliberalen die Bedenken und Einwendungen seiner rheinischen Parteigenossen für übertrieben erklärt, so wird es angemessen sein, daß zunächst eine Auseinandersetzung darüber innerhalb der befreilichten Kreise und unter den Liberalen selbst erfolge.“ — Die Abgeordneten, welche hier im Namen der Rheinprovinz ein Gutachten über die neuen Kommunalgesetze abgegeben haben, sind übrigens nur die Herren Professor von Schulte, Fabrikbesitzer Stumm (freikonservativ), Oberbergrath Bluhme und Schriftsteller Klöppel. Nur der Letztere gehört dem Landtage an.

Bemerkenswerth im Gegensatz zur vorjährigen Thronrede ist, daß von dem herrschenden Kirchenstreit keinerlei besondere Erwähnung geschieht; nur die kurze Ankündigung des Gesetzeswurfs über die Wahl von Kirchenräthen in katholischen Kirchen gemeinden steht mit dem vorhandenen Kampfe in Verbindung. — Der im vorigen Jahre in der Thronrede hervorgehobenen Reform des Eisenbahnkonzessionswesens wird nicht mehr gedacht; die Regierung selbst scheint ihren vorjährigen aus der Spezialuntersuchungskommission hervorgegangenen Entwurf für eine Todgeburt anzusehen. Dagegen verheißt Herr Achenbach endlich die Vorlage einer neuen Verordnung. Deren Erledigung wird leichter fallen, als die Erledigung des angekündigten Gesetzes betreffend die Anlegung und Bebauung von Straßen und Plätzen, obwohl letzteres für die großen Städte mindestens ein ebenso dringendes Bedürfnis ist, wie die Begeordnung für das glatte Land. Herr Leonhardt bringt nur die bereits im Vorjahr vorgelegte Bormundschaftsordnung. Vom Fleiß und Eifer des neuen landwirtschaftlichen Ministers zeigt die Thronrede einige Spuren. Das Gesetz zur Aufhebung der Ansiedlungsbegrenzung

hätte schon längst erscheinen müssen; weniger Glück wird Herr Friedenthal mit seiner wesentlich vom einseitigen Standpunkt des Arbeitgebers dictirten Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter haben.

Deutschland.

Berlin, 17. Januar.

— Der Geheime Justizrat des Kammergerichts trat abermals am Mittwoch zusammen, um in dem gegen den Kaiser und König von dem Kaufmann Voel zu Freienwalde wegen Benutzung eines zum dortigen Schlosse führenden Weges angestrengten Prozesses zu entscheiden. Der Gerichtshof kam jedoch auch diesmal noch nicht zu einem definitiven Resultat, sondern sah sich genötigt, eine der Lage der Sache nach sehr vorsichtige Beweisaufnahme anzuordnen.

— Wie man sich erinnert wird, hatte vor längerer Zeit im Reichstag der Abg. Braun aus Hersfeld ein Album vorgelegt, enthaltend eine reiche Sammlung allmäßig schwung gewordener und zerstörter Kassenfälle aus den verschiedensten deutschen Staaten. Wie jetzt das „Hersf. Intell.-Blatt“ mittheilt, hat jüngst Herr Braun dieses Album dem Reichskanzler zugesandt und darauf von diesem die Mittheilung erhalten, daß dasselbe gegen Erstattung des Geldwerts übernommen und im Reichskanzleramt aufbewahrt werden solle.

— Der „Staatsanw.“ schrieb neulich, daß der Prof. v. Naumer in Erangen vom Reichskanzleramt einen Auftrag zur Ausarbeitung einer Schrift über eine gleichmäßige Orthographie erhalten habe. Der „Corr. v. u. f. D.“ erhält nun vom Prof. Rud. v. Naumer eine vom 13. Januar datirte Befehlschrift, worin es heißt:

„Nicht vom Reichskanzleramt, sondern vom königl. preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, und zwar mit Zustimmung der deutschen Staatsregierungen, hat der Unterzeichnete die Aufforderung erhalten, zur Ausarbeitung einer größeren Gleichmäßigkeit in der deutschen Orthographie zunächst im Bereich der höheren Schulen Deutschlands eine grundlegende Schrift auszuarbeiten.“

Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn der „Reichsbeamte“ bei seinem Dementi die Sache folglich richtig gestellt hätte. Das Misstrauen gegen offiziöse Dementis röhrt eben von der Wahrnehmung her, daß dieselben öfter nur die halbe Wahrheit sagen.

— Der Städteordnungsentwurf, der vom Ministerium des Innern im Verein mit einer Anzahl Bürgermeister beraten worden, enthält nach der „Mag. Blg.“ folgende Hauptbestimmungen:

„Die Dreiklassenwahl wird aufrecht erhalten, die Bestätigung der Stadträthe fällt fort, desgleichen die Bestimmung, daß die Hälfte der Stadträthe Eigentümern sein müssen. Den Magistraten bleibt freie Hand, ob zusammengefaßt aus Bürgermeistern mit Beigeordneten, oder collegialisch. Beschwörungsentscheid das Verwaltungsgericht, anstatt die Regierung. Polizeiverordnungen bedürfen der Zustimmung der Stadtverordneten, auch in Städten mit königlichen Polizeibehörden. Differenzen zwischen Magistrat und Stadtverordneten werden in gemeinschaftlichen Sitzungen, jedoch mit getrennter Abstimmung, erledigt.“

Königsberg, 16. Januar. Dem Ober-Präsidenten der Provinz Preußen, Herrn v. Horn, ist auf seinen Erlaß an die Standesbeamten, worin er den Wunsch ausspricht, dieselben möchten bei jedem Bivikate den Beilegten vorhalten, es sei ihre Pflicht, auch noch die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehren, eine derbe Antwort geworden. Ein Standesbeamter erklärt ihm nämlich, daß er sein Amt in diesem Sinne nicht verwalten werde. Für den Staat sei er bereit, sich, soweit seine Kräfte reichen, zur Disposition zu stellen, zum Agenten für die Kirche gebe er sich aber nicht her. Habe diese sich etwa durch ihr Verhalten die Abneigung eines Theiles der Bevölkerung zugezogen, so sei es allein ihre Sache, sich durch eine etwaige Änderung desselben den verlorenen Einfluß wieder zurück zu erwerben. So wie dieser Standesbeamte werden vermutlich aber noch viele denken, sich aber scheuen, es offen auszusprechen.

Löbau, 15. Januar. Wir haben vor Kurzem mitgetheilt, durch welchen Umstand der Kreistag am 23. Dezember v. J. veranlaßt wurde, resultlos auseinanderzugehen. Zum 30. Dezember pr. hatte der Landrat Graf Posadowsky einen neuen Kreistag anberaumt, zu welchem sich auch eine größere Anzahl Mitglieder einfand. Gutsbesitzer Keller erklärte vor Eröffnung der Versammlung, daß ihm seine Ehre nicht erlaube, fernherhin an einer Kreistagsitzung Theil zu nehmen, in welcher der Hr. Landrat den Vorsitz führe. Nach Eröffnung der Sitzung verließen Hr. Keller und mehrere andere Herren das Lokal, trotzdem der Hr. Vorsitzende sie ersucht zu bleiben und diejenigen Herren, die er durch sein Verfahren am 23. Dezember verletzt habe, um Verzeihung bat. Der k. Regierung ist von den ausgetretenen Mitgliedern von dem Sachverhalt Anzeige gemacht worden.

(Oft.)

Frankfurt, 14. Januar. Der Polizei-Präsident Hergenhahn macht bezüglich der gestern erfolgten bereits erwähnten Schließung der hiesigen sozial-demokratischen Arbeiter-Vereine Folgendes bekannt:

„Nachdem durch die stattgehabten Ermittlungen als festgestellt zu erachten: „daß die sogenannten Mitgliedschaften des zu Bremen domicilierten „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ hieselbst, zu Bockenheim, Bornheim, Oberrad und Niederrad, ferner die am hiesigen Orte bestehende sogenannte sozial-demokratische Arbeiter-Partei und die sogenannten hiesigen Mitgliedschaften des „Allgemeinen deutschen Schuhmacher-Vereins“ des „Allgemeinen deutschen Tischler-(Schreiner)-Vereins“ und des „Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauer-Vereins“ selbständige Vereine sind, ferner, daß diese Vereine als politische Vereine zu betrachten, und daß Verbindungen derselben mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinschaftlichen Zwecken stattgefunden haben, so ist von mir auf Grund des § 8, Absatz 2 der Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden

Inserate 20 Pf. die sechspfälzige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danke & Co. —
Hasenstein & Vogler, —
Adolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank.“

Dienstag, 19. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

1875.

Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungs-Rechtes vom 11. März 1850 die vorläufige Schließung dieser Vereine heute angeordnet worden. Indem ich dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringe, mache ich zugleich auf die Straf-Bestimmung im § 16 Absatz 2 der vorangeführten Verordnung aufmerksam, nach welcher die Beleidigung an einem auch nur vorläufig geschlossenen Vereine mit Geldbuße von 5 bis 50 Thlrn. oder Gefängnis von 8 Tagen bis 3 Monaten bestraft wird.

Köln, 14. Januar. Dr. Becker, der neu gewählte Bürgermeister der Stadt Köln, ist, worauf die „Westf. Blg.“ aufmerksam macht, der erste Protestant, welcher jemals in dem „heiligen Köln“ zu diesem Ehrenamte berufen wurde. Dr. Becker hat sich übrigens, wie verlautet, zu der ihm angetragenen Stelle nicht nur nicht gemeldet, sondern auf ergangene Anfrage auch eine Erklärung darüber abgelehnt, ob er etwa auf ihn einfallen würde. Wie er jetzt zu der vollendeten Thatache sich stellen wird, ist daher noch vollständig unbekannt.

Braunschweig, 15. Januar. Zur braunschweigischen Erbfolgefrage wird der „Magdeburg. Blg.“ telegraphiert: „Die von welfischer Seite gemachten Versuche, den Kaiser zur Anerkennung der Ansprüche des Erbprinzen von Hannover auf die Thronfolge im Herzogthum Braunschweig zu bestimmen, sind gescheitert.“

Oesterreich.

Wien, 15. Jan. In einer österreichischen Korrespondenz der „A. Blg.“ finden wir folgende interessante Auskünfte über den Prozeß Ocenheim:

Das kriminalistische Interesse an dem Prozeß Ocenheim tritt immer mehr und mehr vor seiner politischen und kulturhistorischen Bedeutung in den Hintergrund. Davon, daß Ocenheim bei der Lemberg-Gernowitz Eisenbahn alles und jedes von der Gründung der ersten Linie bis zur Beschaffung der Fahrbetriebsmittel, für seine eigene Tasche ausbeutete, daß er der ungehinderten Art, wie er dies betrieb, und der Meile andere ins Interesse zu ziehen und an dem Prozeß teilnehmen zu lassen, die Millionen verdant, die er sich erworben, daß er deshalb dazin zu wirken gewußt, daß ihm allein alle einfachen Negociationen überlassen worden, darüber ist wohl heute jeder Mann schon aus seinen eigenen Aussagen im klaren, und es erscheint nachgerade als nebenächlich, ob die „listige Vorstiegung“, durch welche sich die eine oder die andere seiner Handlungen nach unserem Strafgesetzbuch als „Betrug“ qualifizieren würde, nachgewiesen ist oder nicht. Auch die Strafe, die eventuell seiner harrt, kann uns gleichgültig sein, denn welche härtere Strafe kann es für einen Mann von der ehemaligen sozialen Stellung Ocenheims geben, als jene, die er nach ausgestandener mehrmonatlicher Untersuchungshaft dureit, daß er nun gehen kann, mit eigener Hand diese seine Stellung zu zerstören. Ein Taschenspieler, der genötigt wird, alle Geheimnisse seiner frappirenden Kunststüke bloßzulegen! Wie politisch wichtig ist dagegen das Kulturbild, welches der Prozeß von den österreichischen Verhältnissen überhaupt entrollt? Immer weiter dehnt sich der Kreis derjenigen, aus welche die durch den Prozeß ans Licht gegeogenen Enthüllungen kompromittieren, und doch legt sich Ocenheim in seinen Entschlüsse offenbar die größte Reserve auf, theils um nicht alles Pulver zu verschießen, theils um „Freunde“ zu schonen, theils auch, um nicht noch weitere Kreise hereinzuziehen. Wie gleitet er in einer für den Kenner der Verhältnisse dennoch nicht wenig bereiteten Weise über seine Reiseexpenses in Russland, über die Beträge weg, die er für Leute brachte, die in Russland mit ihm „arbeiteten“, wie kurz fahrt er sich bezüglich der Entlehnungen, die er jenen gegeben, welche in Rumänien seine Unternehmungen unterstützten, wie blos andeutungsweise berührt er die guten Beziehungen des „brunner Bürgermeisters“ Dr. Gisela zu hochgestellten Persönlichkeiten in Preußen. Wie sucht er einen den bekannten ehemaligen Reichsratsabgeordneten Dr. Julius Alexander Schindler kompromittirenden Brief zu beschönigen, in welchem dieser sich beschwert 20,000 fl. und eine Verwaltungs-Ratsstelle nicht erhalten zu haben, nachdem man ihn doch „utilisiert“ habe. Nur wo es gilt dem Handelsminister Dr. Vanbans einen Spiegel vorzuhalten, wird Ocenheim rücksichtslos. Schonungslos weist er neuestens nach, daß auch bei der Tarnau-Kladuper Bahn, bei welcher Dr. Vanbans ebenfalls Verwaltungs-Rath war, dieselben schlechten Brückenkonstruktionen benutzt wurden, daß auch an dieser Eisenbahn der Direktor 28,000 fl. bei der Betriebsmittelieferung als Provision erhalten, daß ein Altenstück, in welchem ihm von Ocenheim vorgeworfen wird, er habe es verbrannt, in dem Pult eines Bahnbeamten gefunden worden. Und dieser Beamte ist ein Schwager des Handelsministers! Nur als er es untersucht den Schaden, welchen die Sequestrierung der L. G. Eisenbahn sowie die Trennung der beiden Linien dem Handel und Verkehr Oesterreichs und seinen Interessen im Orient zugefügt, als er sich anzeigt nachzuweisen, daß Herr Dr. Vanban den vergeblichen Versuch gemacht habe, auch die rumänische Regierung zur Sequestrierung ihrer Linien zu veranlassen, gelingt es dem Gerichtspräsidenten ihm das Wort abzuschneiden, den Eindruck dieser Enthüllungen zu paralyzieren, gelingt ihm aber nicht. Der Erfolg, daß erst gestern die Expropria-ration des Herrn Dr. Vanbans in seiner Eigenschaft als Verwaltungs-Rath der Hypothekarrentbank erfolgte, gibt Ocenheims bezüglicher Aussage den Charakter einer amtlichen Bestätigung. Die nachträgliche Aufschiedung eines Geschworenen, der sich als ehemaliger Verwaltungs-Rath wieder in Konkurs gerathen entpuppt, gegen welche der im Prozeß Ocenheim fungirende Präsident zufällig die strafrechtliche Untersuchung leitet, ohne daß befagter Geschworener bei der Auslösung beansprucht wurde, gehört auch zu den interessanten dramatischen charakteristischen Episoden des Prozesses. Nun tritt der Reichsrath in wenigen Tagen zusammen, und wie man hört wird eine der ersten Interpellationen eine von Lienbacher und der Reichspartei angehende sein, die sich auf die „Chabrus-Affäre“ beziehen wird. Gleichzeitig sendet der Verwaltungs-Rath der böhmischen Nordbahn ein auf die Aussagen Ocenheims bezügliches Memorandum an den Reichsrath. Wir haben also alle Aussicht den Prozeß in die parlamentarische Diskussion hinzugezogen zu sehen. Kurz, es beginnt fürchterlich zu lagern und wir können nur wünschen, daß die Zahl der Personen, die das Tagesschicht, welches dieser Prozeß verbreitet, zu schenken haben, eine beschränkte bleiben möge und die Konsequenzen der denktwidrigen Gerichtsverhandlung wirklich zu einem Reinigungsprozeß führe. Daß der Glanz einiger illustren Namen erlischt, daß einige ehemalige und ein noch amtierender Minister unmöglich werden, wird Oesterreich verschmerzen können. Nur forse man dafür, daß wirklich die ganze Wahrheit an den Tag komme und gründlich aufgeräumt werde. Ein Unglück für Oesterreich wär' es, wenn man es bei der halben Arbeit bewenden ließe, wenn der bittere Kelch der Enttäuschungen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete, der jetzt kredenzt wird, nicht

völlig geleert würde, und der vergiftende Bodensatz immer weitere Kreise ergreifender Verdächtigung übrig bliebe.

Wir knüpfen hieran folgende Schilderung, welche der wiener „Sonn- und Festtags-Courier“ von der äußeren Erscheinung Osenheims gibt:

Bon Osenheim weiß die Welt jetzt schon genug, obwohl vielleicht gerade das nicht, was für gewisse Leute immer das Interessanteste ist. Wie sieht er aus? — fragen die Frauenzimmer. Ist er alt oder jung, schwarz oder blond, groß oder klein, schön oder hässlich, elegant oder schief? Nach den Bildern, welche die illustrierten Blätter von ihm gebracht haben, müste man den Ritter von Pontezen für einen Apollo im Alter zwischen dreißig und vierzig halten. Ich war sehr enttäuscht, als ich in den Gerichtssaal trat und ein kleines, unscheinbares, ältestes Männchen auf dem Stuhle des Angeklagten erblickte. Das Gesicht ist gesäfft, ein schwarzes Schnurrbärtchen bedeckt die Oberlippe, kleine, tiefliegende, verschmitzte Augen blinzeln unheimlich aus ihren Höhlen hervor. Reiche lastianenbraunes Haar glänzt wohlgescheit auf dem etwas vierschrötig gebauten Kopfe, der jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach des Abends bei dem Schlafengehen eine ganz andere Oberfläche zeigte. Herr von Osenheim trägt nämlich eine Perrücke. Eigentlich sollte man so etwas nicht verrathen, aber nachdem schon so viele Osenheimerkeiten jetzt an den Tag gekommen sind, wird es auf diese kleine Indiscretions auch nicht mehr ankommen. Osenheim vertheidigt sich mit Lebhaftigkeit, aber ohne Leidenschaft; er spricht glatt und formvollendet, mit großer Natürlichkeit, ohne gesuchte Wendungen und ohne pathetische Betheuerungen seiner Unschuld. Er ist immer Herr der Sache, um die es sich handelt. Seine kleinen Bosheiten gegen den Handelsminister, gegen die Beugen und Sachverständigen, die Nachtheit über ihn ausgeschlagen, wirft er mit außerordentlicher Grazie hin. Seine Manieren sind durchaus die eines Mannes von feinstem Lebensart. Wenn man ihn mit der Bonhomie eines angenehmen Gesellschafters mit dem Präsidenten konversiren hört, hat man Mühe zu glauben, daß das der Angeklagte ist, dem man den Kriminalprozeß macht. Seine Lippen umspielt beständig ein sanftes Lächeln, um das ihn eine Ballerina benedicten könnte.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Zum ersten Male taucht — und zwar in einem Telegramm des in der Regel gut unterrichteten hiesigen „Times“-Korrespondenten — das Gerücht von einem eventuellen Rücktritt des Marschall-Präsidenten für den Fall der Nichtannahme der Verfassungsgesetze durch die Nationalversammlung auf. Bisher wurde bekanntlich angenommen, daß die vom Marschall in Bezug auf das Septennium gesprochenen Worte: „Jy suis et j'y reste!“ die unerschütterliche Richtschnur seines Handelns bilden, aber fast scheint es, als ob auch dieser Fels den andrägenden Wogen des Orleanismus nicht länger zu widerstehen vermöge.

Wir lesen z. B. in einer Pariser Korrespondenz der „Kölner Zeitung“ vom 14. d. Ms.:

„Seit der Ausrufung des Prinzen Alfons zum König von Spanien sind die Orleanisten, besonders die jungen Mitglieder dieser Partei, äußerst heißblütig geworden. Die Sache ging in Spanien so weit ab, daß sie fast beschämend ist, so lange die Hände ruhig in den Schoß gelegt und die Macht, in deren Besitz sie jetzt seit beinahe 2 Monaten sind, nicht besser ausgenutzt zu haben. Dessen ungeachtet ist es nicht wahrscheinlich, daß sie zu Wogestücken ihre Zuflucht nehmen. Zwar entwistet der Duc de Chartres, der Bruder des Grafen von Paris — Schwadronchef in einem Jäger-Regiment, das in Sedan in Garnison liegt, ist aber zu einer Kommission im Versailles abkommandiert — eine große Thätigkeit und bietet alles auf, um sich und die Seinigen bei der Armee beliebt zu machen, und ein Theil der Umgebung des Marschalls, besonders die Harcourt's, führen auch eigenhändig die Worte im Mund; der Mut zu einem Gewaltstreik scheint den Hauptführern der Orleanisten aber abzugehen, und so werden sie vor der Hand die Bahn der Gesetzmäßigkeit nicht verlassen. Zwei Pläne liegen vor: der eine besteht darin, die konstitutionellen Gezeuge fallen zu lassen und sich darauf zu befrachten, ein neues Wahlgesetz zur Annahme zu bringen, um vermittelst desselben und durch den Druck, den sie durch eine reformierte Verwaltung ausüben lassen, eine ihnen günstige Kammer zu erlangen; der zweite Plan hat die konstitutionellen Gesetze, die man durch irgend eine neue List zu erschwindeln hofft, zur Grundlage, um, wenn dieselben erst einmal angenommen sind, dann einen der Prinzen von Orleans (den Duc d'Aumale) zum Präsidenten des Senats und nächster zum Präsidenten der Republik zu machen, bis die Sache dann später eine noch erwünschtere Wendung nimmt.“

Bisher nahm man an, daß die Misachtung, deren die Orleanisten sich in Frankreich, wie im Auslande erfreuen, ein ausreichender Niedergang gegen ihre Pläne sein werden.

Paris, 15. Januar. Es ist eigentlich anzusehen, wie die feindlichen Faktoren der hiesigen Politik einander zu überlisten streben. Erst wollte Herr v. Broglie die Republikaner und Legitimisten dazu bringen, den Senat zu votiren; sie merkten es und verwarfen seinen Plan. Dann wollte er die konstitutio-

n schnell wie

möglich durchtreiben, um ans Ruder zu kommen; sie merkten es gleichfalls und erklärten sich für eine eingehende Berathung. Nun sitzt Herr v. Broglie da und wartet auf diese Berathung; jetzt aber machen sich auf der Linken Stimmen geltend, welche darauf aussehen, ihn noch recht lange sitzen zu lassen; man schlägt vor, die erste Lesung glatt durchgehen zu lassen und die zweite zu verschieben, vielleicht gar bis nach Ostern zu vertagen! Die Rechte würde darauf eingehen, und dann könnte dem Minister der Zukunft die Zeit etwas lang werden. Man darf neugierig sein, was er dagegen thun wird. Einstweilen macht sein Organ, der „Français“ der Rechten damit bangt, daß, wenn die Rechte nicht mit den Orleanisten zusammenhält, eine neue Auflage des Perier'schen Antrags durch Übereinkunft votirt werden könnte. — Die National-Versammlung hat vor einigen Tagen unter anderen kleinen Entwürfen ein Gesetz über die ärztliche Verbepflegung der Armee in den Departements angenommen, dessen Anfang lautet: „In allen Departements soll für jede Gemeinde die Unterstützung der Armen, soweit sie in deren Wohnung stattfindet, nach folgenden Vorschriften organisiert werden.“ So unschuldig dies aussieht, in der Klerikalen Presse wird darüber ein großes Geschrei erhoben; der Clerus verlangt, heutzutage noch lauter als früher, daß die Unterstützung der Armen nicht Sache der Gemeinde oder des Staates, sondern Sache der christlichen Nächstenliebe, d. h. also Monopol der Geistlichkeit und ihres Anhangs sei. Das „Univers“ erklärt das Prinzip der Gemeindeunterstützung für Kommunismus! Mag sein; dann sind progressive Steuern auch Kommunismus, wenn man so will, aber gegen solchen Kommunismus dürfte schwerlich etwas einzutwerden sein. Man weiß übrigens, daß auch in Deutschland die klerikalen Organe ähnliche Grundsätze mit vielem Eifer predigen. Die wahre Nächstenliebe kann aber neben der offiziellen Unterstützung sehr wohl bestehen. — Die gestrige Militärverhandlung verlief zwar mit einer Niederlage für Eiffey, aber mit einer sehr sanften. Im Allgemeinen waren die Konservativen mehr für das alte, für den Eiffey'schen Entwurf, die Linken mehr für das Projekt Charetton, welches größere Reformen will. Der Nichtbeteiligte fragt sich mit einiger Verwunderung, warum der Kriegsminister mit Gewalt sechs bis acht Hauptleute beim Bataillon haben will; die sechs Kompanien hat man ihm auf vier reduziert, jetzt verlangt er zwei Hauptleute für die Kompanie, giebt aber selbst zu, daß vier Hauptleute binnen Kurzem im Stande sein würden, die vier Kompanien zu leiten. Bedarf er des Avancements für viele jüngere Unteroffiziere?

Wenn das „H. T. B.“ recht berichtet ist, haben die Handelskammern mehrerer Departements beschlossen, an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Bitte zu richten, die diplomatischen Verhandlungen mit Mexiko wieder aufzunehmen, damit der französische Handel mit jenem Lande, der augenblicklich ganz verniedert ist und durch Deutschland eine arge Konkurrenz erleide, wieder emporblühe.

Spanien.

Aus Madrid wird berichtet, daß Alfons XII., kurz nachdem er den Fuß auf spanischen Boden gelegt, durch besondere Verfügung sein neues Ministerium bestätigt habe. Das Schriftstück lautet:

„Königliches Dekret. Barcelona 9. Januar, 3 Uhr 50 Min. Nachmittags. Der Marineminister an den Präsidenten des Regierungskabinetts in Madrid. Seine Majestät hat geruht, daß nachstehende königliche Dekret zu erlassen: Nachdem ich glücklich den Boden meines Vaterlandes betreten und der göttlichen Vorsehung für den sichtlichen Schutz, den sie mir gewährt hat, sowie dem Volk, dem Heere und der Flotte für die beständige Anhänglichkeit und die begeisterte Liebe, die sie mir zeigen, meinen Dank dagebracht habe, erkenne ich kraft der Rechte, die mir als konstitutionellem Könige zu stehen, zum Präsidenten meines Ministerrats D. Antonio Cánovas del Castillo, zu Ministern (folgen die bekannten übrigen Mitglieder des Kabinetts), welche ihre bezüglichen Amter wie bisher für die Dauer meiner Abwesenheit von der Hauptstadt des Königreichs auszuüben fortfahren werden, während ich, wie ich vor habe, die Armeen des Zentrums und des Nordens befürde.“

Gegeben in Barcelona, am 9. Januar 1875.

Unterzeichnet von der Königlichen Hand.

Der Marine-Minister:
Mariano Roca de Togores.“

Bezüglich der Anerkennung des neuen spanischen Königthums, welche den Gegenstand von Unterhandlungen zwischen den Höfen von Berlin, Wien und Petersburg bilden soll, berichtet der regelmäßig wohl unterrichtete Korrespondent der „Karlsruher Zeitung“ wie folgt:

fünfte Akt mit seiner vielbewunderten Mondcheinpoesie ohne Weiteres bestätigt. Wen hier die Schulz trifft, soll uns gleichgültig sein; unverantwortlich ist es unter allen Umständen.

Das unter solchen Verhältnissen die Gestalt des Shylok ausschließlich dominante, versteht sich von selbst. Aber sie würde das in der Darstellung des Herrn Lehfeld auch vermocht haben, wenn man das Stück weniger gewaltthätig behandelt hätte. Der geschätzte Künstler spielte diese wie alle Shakespeare'schen Rollen in großem Styl. Auch diesmal war seine Begeisterung, seine rüchhaltlose Hingabe an das Etwas des Dichters überall deutlich zu erkennen. Lehfeld gehört zu den leider immer seltener werdenden Bühnendarstellern, welche den großen Briten ganz verstehen und ihr Bestes daran setzen, seinen Intentionen gerecht zu werden. So trug denn auch sein Shylok das Gepräge einer echt Shakespeare'schen Gestalt und zugleich eines in seiner Art vollendeten Kunstwerks. Shylok ist in der Lehfeld'schen Auffassung ein stolzer Jude ohne jedwedes Mitgefühl. Aber dieser an sich abstoßende Charakter erhält einen tragischen Beisatz durch die wilde Nachsucht, die ihn erfüllt. Shylok sucht sich zwar den Anschein zu geben, als sei er der Vertreter eines großen unterdrückten Volkes — im Grunde aber handelt er aus krassem Egoismus, und geht daran zu Grunde. Sollen wir einzelne Momente aus der Gesamtcharakterherausgreifen, so haben wir zunächst der Scene zu gedachten, wo Shylok den Vertrag mit Bassanio und Antonio eingeha, ferner der Scene mit Antonios Freunden nach der Flucht Jessica's und endlich der Gerichtsscene im vierten Akt. Hier war das Spiel des Künstlers, sowohl was die psychologische Entwicklung als die rein technische Seite betrifft, meisterhaft.

Dass das Auditorium es an Beifall nicht fehlen ließ, registrierten wir als selbstverständlich. Herr Lehfeld wird beim Erscheinen dieser Zeilen Posen bereits verlassen haben; aber so oft er auch wiederkehrt — er soll uns willkommen sein.

E.

Die moderne Gesellschaft.

Unter diesem Titel bringt „das Ausland“ eine genetische Studie aus der Feder des Prof. G. Jäger, in welcher derselbe ausführt, daß

Österreich und Deutschland haben sich bereits geeinigt, gegenüber dem neuen spanischen Königthum, sobald die Garantien seines Bestandes erkennbar hervortreten, genau so gleichzeitig und gleichmäßig, nur weniger reservirt vorzugeben, wie bei der Anerkennung der „vom Marquess Serrano präsidirten“ Regierung. Außerdem aber ist die gegründete Aussicht vorhanden, daß diesmal auch Russland den Standpunkt seiner beiden Verbündeten accepiert und damit — ohne freilich sich für die konstitutionelle oder die legitime Monarchie zu entscheiden — wenigstens die Rückkehr zur monarchischen Ordnung im Allgemeinen mit dem Ausdruck seiner Zustimmung begrüßt.“

Die von englischen Zeitungen, namentlich der „Times“, mit einer Art von Ostentation gebrachte Nachricht, Deutschland mache seine Anerkennung von der Rücknahme der gegen die spanischen Protestanten eingeleiteten Maßregeln abhängig, ist daher von Haus aus unrichtig gewesen oder hat ihren Dienst bereits hinreichend erfüllt. In berliner Korrespondenzen nach auswärts wird die bezügliche Behauptung der „Times“ mehrfach dementirt. Auch würde in der That der junge König Alfons zwischen zwei Stühlen niederstehen, wollte er durchtheiliges Nachgeben an die Klerikale Ansprüche sich die europäischen Mächte entfremden. Der „Univers“ feiert das Verhalten des Erzbischofs von Valencia wegen seines Widerstandes gegen die Absingung eines Teedrucks zu Ehren des königlichen Einganges in jener Stadt. Der Erzbischof erklärte, Alfons gebe sich für einen liberalen Monarchen aus, die Kirche aber verdamme den Liberalismus und könne Dienern nicht feiern, die sich zu ihm bekennen. Wie der „Magdeburg“ von Berlin aus telegraphiert wird, würde das am 3. Januar seitens des interministeriellen Ministers des Auswärtigen an die auswärtigen Vertreter in Madrid gerichtete Rundschreiben über den Regierungswchsel in diplomatischen Kreisen als eine Zurückweisung klerikal Tendenzen bezeichnet.

Über die Ereignisse, welche S. M. Kanonenboote „Nautilus“ und „Albatross“ auf ihren jüngsten Reisen aus den spanischen Gewässern und auf der Rückkehr nach dort gehabt haben, erfährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Folgendes:

„Nautilus“ verließ am 20. Dezember v. J. einen Tag später als „Albatross“, Santander, mit der Bestimmung nach Westindien, und wandte sich in westlicher Richtung, zunächst den Kurs auf den Kriegshafen von Ferrol in Galizien nehmend. Auf dieser Fahrt wurde am 23. Dezember unter dem 45. Grad nördlicher Breite bei schwerem Nordweststurm und heftigem Seegang von demselben eine Bark angefahren, an deren Schiffshintertheil die Worte: „Huron“ und „Bremer“ gemalt waren. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß das Fahrzeug von seiner Besatzung verlassen war. Es war gänzlich leer geschlagen, die Ruder waren zertrümmt und man konnte erkennen, daß die Mannschaft schon eine Zeit lang mit den Notkleinen gesteuert hatte.

Das Schiff wäre längst versunken, wenn es nicht mit einer Holzladung befrachtet gewesen wäre. Es lag aber auch mit derselben so tief, daß die See fortwährend über das Untergeschoss fortspülte. Da der Kommandant des „Nautilus“, wie schon gesagt, die Absicht hatte, Ferrol anzulaufen, um dort Kohlen aufzufüllen, so wurde die Bark in das Schlepptau genommen. Es zeigte sich indeß bald, daß es unmöglich war, dieselbe zu bergen, da ihr die Steuerung fehlte und die Schlepptau risiken, auch das Weiter immer stürmischer und die See aufgeregter wurde. Zum Bedauern des deutschen Schiffsführers mußte daher die Bark, die unweilhaft deutscher Urfurheit war, ihrem Schick überlassen werden.

Eine kurze vor dem Verlassen angestellte Rekognoscirung derselben ließ es als wahrscheinlich erscheinen, daß die Mannschaft das Schiff in ziemlicher Ordnung geräumt hatte und wahrscheinlich auf Booten eines anderen Schiffes gerettet worden war. Es waren wenigstens alle leicht transportablen Werthobjekte, wie Chronometer, Kleider &c. mit fortgenommen worden. Als die vom „Nautilus“ auf dasselbe gesetzten Matrosen dasselbe verließen, ein älteres Logbuch und werthlose Briefschaften mit sich fortnehmend, da trieb es eigentlich nur auf der Ladung und war völlig leer geworden. Korvetten-Kapitän Zembisch segte darauf, ohne Lissabon berühren zu können, die Fahrt nach Madreira weiter fort und traf dort am 29. Dez. ein; daselbst erreichte ihn am Abend des Neujahrstages die Depesche, welche den „Nautilus“ nach Santander zurücktrieb.“

Tagesübersicht.

Posen, 18. Januar.

Der Reichstag hat am Sonnabend abermals einen Abschnitt des Reichsbürogegesetzes, und zwar den vierten, welcher von der Form und Beurkundung der Eheschließung handelt, durchberathen. Die Debatte nahm einen langameren Gang, als erwartet worden war, wie überhaupt das ganze Gesetz den Reichstag länger beschäftigt, als bei Einbringung desselben angenommen wurde. Die Hauptfrage ist, daß bisher der Entwurf nur solche Änderungen erfahren hat, mit denen sich die Vertreter des Bundesrates von vorn herein einverstanden er-

sehen. Die geistige Entwicklung des einzelnen Menschen eine abgekürzte Wiederholung der Kulturgechichte sei, d. h. daß alle Kulturzustände in der Form verschiedener Altersstufen unter uns fortleben, nur abgeschwächt und modifiziert durch ihr gleichzeitiges Vorhandensein und dadurch, daß ihre Repräsentanten eben Kinder, beziehungsweise jugendliche Individuen seien. Der Verfasser geht denn noch weiter und versucht nachzuweisen, daß die historischen Organisationstypen auch in Form von erwachsenen Zuständen heute noch nebeneinander existieren und löst schließlich die moderne Gesellschaft in eine Anzahl von Gruppen auf, die er Gesetzes- und Bildungsstufen nennen und sowohl mit den erwähnten Altersstufen, als auch mit den ihnen entsprechenden historischen Kulturstufen in Parallele stellt.

Indem wir Interessenten auf diese originellen Ausführungen in den beiden ersten Nummern des neuen Jahrgangs der erwähnten Zeitschrift verweisen, theilen wir hier nur das Resultat derselben mit. Dr. Jäger bringt die moderne Gesellschaft, wie sie gegenwärtig die höchste Kulturstufe repräsentirende deutsche Reich bewohnt, unter folgenden Rubriken:

1) Gesetzesstufe des Thiers (Säuglingsalter) repräsentirt nicht durch einen anerkannten Stand, sondern durch Kretinen und Verbrecher.

2) Gesetzesstufe des Wilden (frühes Kindesalter), auch nicht repräsentirt durch einen anerkannten Stand, sondern nur durch Lumpen und Bagabunden.

3) Gesetzesstufe des Halbwilden (indische Kulturstufe, mittleres Kindesalter), repräsentirt durch das Gesindel, d. h. Zigeuner und vagabundirende Professionellisten.

Diese drei Abtheilungen bilden zusammen die bestiileste unterste Klasse, leider gegenwärtig vermehrt durch den Industriearbeiter; die folgenden die der bestiilen.

4) Gesetzesstufe des Acapters (reifes Kindesalter), repräsentirt durch zwei an Kopfzahl sehr bedeutende Stände, den Bauern- und den seßhaften Handwerkstand.

5) Gesetzesstufe des Phöniciers (Beginn des Knabenalters), repräsentirt durch den nicht seßhaften Handelsstand (Hausierer, Handelsjuden).

6) Gesetzesstufe des Römers (reifes Knabenalter), vertreten durch den seßhaften Kaufmanns- und Handelsstand.

7) Gesetzesstufe des Griechen (frühes Junglingsalter), vertreten durch Künstler und Literaten.

8) Gesetzesstufe des deutschen Mittelalters (Corpsstudent), vertreten durch die privilegierten Stände (Adel und katholische Geistlichkeit).

Kürt haben. Es kann deshalb die dritte Lesung des Entwurfs in aller kurzer Zeit vorgenommen und auf das Zustandekommen des Gesetzes mit Sicherheit gerechnet werden. Der Reichstag fing seine Berathungen am Sonnabend spät an und schloss sie spät ab; dies verschuldete der Preußischen Landtag, dessen beide Häuser unmittelbar nach den Feierlichkeiten im Weißen Saale Sitzungen abhielten. Bei der Erathung that sich wieder einmal ein bairischer Ultramontaner hervor. Der Stadtpfarrer von München, Dr. Westenmayer, suchte darzuthun, daß in Bayern ein Notstand, welcher die Einführung der Zivilehe rechtfertige, überhaupt nicht existire. Der Vater der Zivilehe ist nach den Enthüllungen des Redners der Fürst der Hölle, seine Mutter die Loge, die Idee des konfessionslosen Staates. Aber das bairische Volk werde auch mit diesem Produkt des Freimaurerthums fertig werden und der Regierung auf solchen Versuch der Entchristlichung bei den Wahlen die gebührende Antwort geben. Justizminister v. Fäustle antwortete auf den Vorwurf der „Entchristlichung“ mit dem aktenmäßigen Nachweise, daß die zwischen Katholiken und Protestanten geschlossenen Ehen bei etwaigen Ehescheidungen in zahlreichen Fällen von der Kurie einfach als ungültig erklärt werden seien. Dies beweise allein schon die Notwendigkeit der Zivilehe. Die einzelnen Paragraphen des Abschnitts wurden danach ohne bemerkenswerthe Debatte genehmigt. Über die Beraumone vor dem Standesbeamten bestimmt der Entwurf, daß die Verlobten zu erklären haben, die Ehe mit einander eingehen zu wollen, worauf der Standesbeamte sie kraft des Gesetzes für rechtmäßig verhundene Eheleute erklärt. Der Abg. Mousang sowie der Abgeordnete Seydewitz hatten hiergegen Anträge gestellt, welche eine solche Erklärung des Standesbeamten umgehen und den bürgerlichen Alt mit der Eintragung in das Heiratsregister für vollzogen wissen wollten. Beide Anträge wurden indeß nach längerer Debatte abgelehnt und die Regierungsvorlage, deren korrekte Fassung namentlich vom Geheimratsherrn Siözel vertreten wurde, unverändert angenommen.

Ein Telegramm in unserem heutigen Abendblatt meldete die durch den Landrat erfolgte Schließung des Priesterseminars zu Fulda. Wie erinnerlich, wurde dasselbe vor etwa zwei Monaten durch zwei Regierungskommissare nach § 9 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 einer Revision unterzogen. Nach der „Hess. Morgenzeit“ kam der Bischofsherr Hahne den an ihn seitens der Kommissare gestellten Anforderungen zum großen Theile bereitwilligst nach, verweigerte nur die schließlich verlangte Theilnahme an den Unterrichtsstunden und zwar lediglich in Folge des Einspruchs der meist aus jesuitischen Clerikern bestehenden Seminarlehrer. In Folge des hierüber nach Berlin erstatteten Berichts verfügte der Kultusminister die Aufhebung der theologischen Fakultät des Seminars. Hiergegen remonstrierte der Bischofsherr und bat, eventuell wenigstens den Unterricht bis zum Schluß des Semesters fortzuführen zu lassen. Dies wurde indessen kurzer Hand abgelehnt. Die Schließung des Seminars betrifft auch das Großherzogthum Weimar, welches mit dem ehemal. Kurfürstentum im Kirchen- und Schulverband steht.

Kürzlich wurde aus Wien gemeldet, der Prozeß Osenheim werde ein politisches Nachspiel haben, indem die söderalitische Opposition einen Incompatibilitäts-Gesetzentwurf einbringen wolle. Wie ein österreichischer Offiziöser, der mitunter gut unterrichtet ist, nun mehr in der „Karlstr. Blg.“ versichert, gedenkt die Regierung die Opposition zu überflügen. Sie ist nämlich entschlossen, eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Incompatibilität eines Reichsraths-Mandats mit denjenigen Stellungen und Amttern ausspricht, die ihren Inhabern in erster Reihe die Wahrung von Sonderinteressen zur Pflicht machen. Ungarn ist bekanntlich mit einem solchen Gesetze schon vorangegangen.

In Frankreich wird die Krise immer langwiger und auch langzeitiger. Die Blätter suchen sich mit breiten Berichten über Parteiversammlungen zu helfen, in denen immer wieder das Ende vom Liede ist, daß keine Einigung erfolgte. So auch in der am Sonnabend stattgehabten Zusammenkunft der Bureaux von der Rechten und vom rechten Zentrum. Der „Franzais“ ist sehr entrüstet, die „Presse“ dagegen äußert, man sollte sich nicht mehr um die äußerste Rechte kümmern; denn, sagt sie hinzu: „Da man mit den Rechten selbst nicht einmal das persönliche Septennium machen kann und da man viel Mühe haben wird, einfach das unpersönliche Septennium mit dem linken Zentrum zu machen, so sollte man bis zum republikanischen Septennium gehen, um die Garantie der zwei Kammern, die Waffe des Rechts der Auflösung und die Möglichkeit

zu besitzen, ein gutes Wahlgesetz herzustellen“. Die royalistischen Blätter lassen es nicht an Ausfällen gegen die Führer des rechten Zentrums fehlen. „Die Royalisten“, ruft die Union aus, „brachen die Diskussion nicht zu befürchten; der helle Tag, das helle Licht ziemt den Beschlüssen ihres Gewissens. Der König, dem sie dienen, ist kein maskirter Prätendent, und wenn sie besiegt sein können, so werden sie wenigstens die Ehre behalten, die in Frankreich nicht verjährt.“

Die Gerichtsverhandlungen zu Skutari über den Mord anfall in Podgorica sind geschlossen, die Todesurtheile gefällt. Die Vollstreckung wird aber auf sich warten lassen. Die Türken sagen, einige Montenegriner müssen doch auch des Todes schuldig sein, die Sache muß weiter untersucht werden. Der Fürst von Montenegro verspricht die Untersuchung und lässt die hohe Pforte ein, zu derselben Kommission nach Attinje zu schicken, wie er solche nach Skutari geschielt habe. Die türkische Regierung verweigert dies, denn darin läge ja die Anerkennung der politischen Unabhängigkeit Montenegro's. Sie verlangt vielmehr, Fürst Nikolaus solle die verdächtigen Montenegriner vor die gemischte Kommission in Skutari stellen; bis dahin wird die Vollstreckung der verhängten Strafen suspendirt. Nun folgt gewiß wieder große Aufregung in den Schwarzen Bergen, und die auswärtigen Mächte werden schließlich interveniren müssen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Januar.

— Die Hoffnung des „Kurier Pozu“, daß der zum Probst in Krakau berufene Religionslehrer Kiel (und nicht Klich) aus Tarnowis (Oberschlesien) die „Zahl der Eindringlinge bei uns“ nicht wird vermehren wollen, scheint in Erfüllung zu geben. In einer schlechten Zeitung lesen wir nämlich, nachdem mitgetheilt worden, der Herr Oberpräsident von Posen habe Herrn Kiel aufgefordert, schon am 1. Februar sein neues Amt in Krakau anzutreten. Folgendes: Herr Kiel wird wahrscheinlich der Berufung nicht Folge leisten, denn ziemlich gleichzeitig mit der Berufung ist ihm die Stelle des Divisionspfarrers in Schwedt von Seiten des Kriegsministeriums angeboten, und da die Annahme letzterer Stelle ihn der Besorgniß überhebt, mit seinen kirchlichen Vorgesetzten in einen unausbleiblichen Konflikt zu gerathen, und Weiterungen wegen des Uebertritts aus der Breslauer in die Posensche Kirchdiözese hinwegfallen läßt, so gilt als ziemlich ausgemacht, daß er die erstere Berufung ablehnen wird.

— Von dem Kreisgericht in Bromberg wurde, wie uns von dort geschrieben wird, am Sonnabend der bromberger Dekan Bierki in Sachen des apostolischen Delegaten vernommen. Obwohl der selbe auf eine Verhaftung gefaßt war, da er, ähnlich wie die bereits in Haft befindlichen Deiane etc. jede Auskunft verweigerte — so ist diese Verhaftung doch noch nicht erfolgt. Der Dekan ist vielmehr entlassen worden und es soll ein neuer Termin anberaumt werden.

— Zum Direktor der 1. Realschule in Rawitsch soll, wie uns geschrieben wird, an Stelle des nach Duisburg a. R. als Direktor der dortigen neu organisierten Realschule versetzten Hrn. Dr. Steinbart Herr Realschul-Oberlehrer Dr. Wedel aus Reichenbach i. Schles. berufen werden sein.

— r. Zum Vorsitzenden des Ehrenraths der Rechtsanwälte und Notare des hiesigen lgl. Appellationsgerichts ist an Stelle des verstorbenen Justizrats Giersch der Justizrat Janecki gewählt worden.

— Auf die Petition hiesiger polnischer Bürger um Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten hat der Magistrat zu Händen des Rittergutsbesitzers Hrn. Ignaz v. Grabowski folgende Antwort ertheilt:

Auf die unserer Oberbürgermeister durch eine Deputation überreichte Petition einer gewissen Anzahl hiesiger polnischer Einwohner erklären wir Ew. Hochwolgeboren ergeben, daß wir dem in ihr enthaltenen Antrage auf Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 Mitglieder nicht stattgeben können, da kein kommunales Bedürfnis zur statutarischen Änderung des § 12 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 vorliegt.

Horse.

Die polnischen Blätter sind mit dem Bescheide nicht zufrieden und richten an die Petenten die Anforderung, sich nunmehr an die lgl. Regierung zu wenden.

9) Gestaltungslage der deutschen Neuzeit (Verbindungsstudent), vertreten durch den geistlichen und weltlichen Beamtenstand und die kürzige Intelligenz-Aristokratie.
10) Gestaltungslage der neuesten Zeit (Vereinsstudent), vertreten durch den in der Bildung begriffenen Redner- und Journalistenstand.

* Berlin, 16. Januar. [Versch. v. d. e. s.] Kürzlich ist im Palais des Prinzen Karl ein Diebstahl verübt worden, welche selbst der Kriminalpolizei ein Rätsel ist. Weder der Prinz noch seine Gemahlin ist bestohlen. Dagegen sind der Kammerfrau der Prinzessin dem Fräulein von Noog, auf mysteriöse Weise ihre sämtlichen Schmuckstücke aus ihrem Zimmer, das sie im Palais inne hat, verschwunden. Fräulein von Noog kam am 12. d. von einem Ausgang zurück, wollte ihre Ohrringe, Armbänder etc., die sie gerade getragen, in ihre Schatulle, die sie in einem Koffer verwahrt hielt, zu ihren übrigen Juwelen etc. legen, als sie die Schatulle und Inhalt vermieste. Das Rätselhafe bei diesem Diebstahl bleibt, daß Fenster und Thüren im Zimmer des Fräuleins verschlossen waren, wie sie es verlassen und keine Spuren von Gewalt an diesen, noch an dem Koffer zu entdecken war, der ebenfalls wohl verschlossen vorgefundnen worden. Unter den 32 Personen, welche vom Polizei-Präsidium den Revieren in der jüngsten Woche zur Ermitzung aufgegeben sind, befinden sich zwei Directoren, und zwar ein Kreisgerichts-Direktor Spieghart und der Direktor einer hiesigen Bau- und Eisenbahn-Gesellschaft Gräf, welcher bisher in Mecklenburg gewohnt hatte. — Ein Ehrenband zwischen einem Offizier und einem Künstler, der einen eindrücklichen Ausgang genommen hat, erregt bedeutendes Aufsehen. Der Künstler war von einem Gardeoffizier gefordert worden, hatte die Forderung jedoch abgelehnt, weil der Forderer nicht satis faktionsfähig sei. Die Sach kam vor den Ehrenrat des Regiments — und der betreffende Offizier hat vor einigen Tagen sein Entlassungsgesuch aus dem Militärdienst, wegen schwangerer Gesundheit eingereicht. Seinen Wünschen gemäß, ist von Seiten Sr. Majestät sofort sein Entlassungsgesuch aus dem aktiven Dienst bewilligt worden.

Das Palais, in welchem der österreichisch-ungarische Botschafter wohnt, war am Donnerstag Mittag der Sammelplatz eines großen Teils der diplomatischen Gesellschaft Berlins. In der großen Rotunde der Wohnung des Grafen Karolyi fand die Trauung der Tochter des brasiliensischen Gesandten, Sr. Bianna de Lima mit dem ersten Rath der österreichisch-ungarischen Botschaft, Frhr. v. Seiller, statt. Von dem Rechte der Extritorialität in Bezug auf die Zivil-Eheschließung Gebrauch machend, ließ das Brautpaar die Trauung durch

r. Dem Vorstande des Posener Provinzial-Landwehrvereins ist von dem Comite, welches auf dem, im August v. J. zu Leipzig abgehaltenen deutschen Kriegerfest zur weiteren Förderung der Gründung einer allgemeinen „Deutschen Kriegerkameradschaft“ eingezogen wurde, der Entwurf eines Statuts der deutschen Kriegerkameradschaft zugänglich. Nach dem Entwurf stellt sich dieser große Verband, welcher die gesamten Krieger- und Landwehrvereine Deutschlands umfassen soll, folgende Aufgaben: a) die militärische Kameradschaftlichkeit zu pflegen; b) die Erinnerungen an die ruhmvollen Erlebnisse des letzten Feldzuges, welchen unser deutsches Vaterland die lang ersehnte Einigung verdankt, nach zu erhalten; c) die Liebe und Treue zu dem angestammten Herrscherhause und dem engeren Vaterland, sowie d) unter der Fölung: mit Gott für Kaiser und Reich, und auf Grund der für Deutschlands Macht, Ehre und Einheit geschlossenen Waffenbrüderlichkeit für diese auch im bürgerlichen Leben zu wirken und zu schaffen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller deutschen Brüder in allen Gauen unseres Vaterlandes und somit das deutsche Nationalbewußtsein immer mehr auszubilden und zu leben und in diesem Bewußtsein und Streben ein wirkames moralisches Gegengewicht zu den Bestrebungen zu bilden, welche uns die Frucht unserer Kämpfe nicht gönnen oder wieder raus zu lassen.“ Die Aufgaben der „Deutschen Kriegerkameradschaft“ sollen gelöst werden durch ein reges und freies geistiges Verleben der Verbände und Vereine durch ihre Präsidenten, die Führer und Leiter des Krieger-Vereinswesens; durch die alljährliche Abhaltung eines allgemeinen deutschen Kriegerfestes, zu welchem die einzelnen Verbände Delegierte zu entsenden haben; durch die Bildung von Landes-Gau-Provinzial-Verein; durch die Herausgabe eines Organs, der „Deutschen Kriegerzeitung.“ — Der Vorstand des Posener Provinzial-Landwehrvereins (gleich Vorstand des hiesigen Landwehrvereins) war nun vom Comite aufgefordert worden, sich der „Deutschen Kriegerkameradschaft“ anzuschließen und sein Gutachten über den Statutenwurf abzugeben. In der Sitzung des Vorstandes, welche am Sonnabend stattfand, ist beschlossen worden, sämtlichen, dem Posener Provinzial-Landwehrvereine angehörigen Landwehr- und Kriegervereinen den Statutenwurf zu überliefern, und die Entscheidung darüber, ob der Provinzial-Landwehrverein sich der deutschen Kriegerkameradschaft anschließen solle, einer demnächst zu beruhenden Generalversammlung der Delegierten sämtlicher, dem Verbände angehörigen Vereine zu überlassen. Da die deutsche Kriegerkameradschaft bereits zum 1. April d. J. ins Leben treten, und zu diesem Behufe in Leipzig in der zweiten Hälfte des März d. J. ein zweiter allgemeiner deutscher Kriegerfesttag abgehalten werden soll, so wird demnach die Posener Delegirten-Versammlung wohl schon in der nächsten Zeit stattfinden, und wird deshalb der Wunsch laut, daß alle Krieger- und Landwehrvereine unserer Provinz, welche bisher dem Provinzial-Landwehrverein noch nicht angehören, sich demselben baldigst anschließen.

r. Zum Besten des Diakonissenhauses hält am 12. d. Mts. der Archidiakonus Schwabe aus Küstrin in der Aula der Realsschule einen Vortrag über „Vorgeschichte und Sage des Hauses Hohenzollern“. Der Vortragende bezeichnete als den ersten geschichtlich nachweisbaren Ahnen des Hauses Hohenzollern den Großen Burckhard, welcher im Jahre 1061 in der Schlacht bei Rheinfeld fiel. Aber die Sage weist den Ursprung dieses Hauses in die dunkelste Vorzeit des Germanenthums, ja sogar in die des grauen Alterthums zurück. Danach sollen Welse und Hohenzollern von denselben Geschlechtern abstammen und gilt Graf Thilo von Bayern, der um das Jahr 800 starb, als Ahne des Hauses Hohenzollern. Doch weiter weist die Sage zurück auf den h. Meinhard, über dessen Grabe das Kloster Einsiedeln errichtet wurde. Auch läßt die Sage die Hohenzollern von dem lombardischen Grafengeschlecht Colalto und dem Hause Colonna, dem alten Ghibellinengeschlecht von Bränesto, abstammen, während eine andere Sage als Stammvater den aus dem Nibelungenlied bekannten König Gunther als Stammvater angibt. Was den Namen des Hauses Hohenzollern betrifft, so wird dersebe von der hochtragenden Gestalt des Berges, auf dem sich in Schwaben das Stammschloß befindet, abgeleitet: des Bollerbergs (von Söller), in altheidnischen Zeiten Sitz der Verehrung einer Gottheit. — Die Nachkommen des I. J. 1061 gefallenen Grafen Burckhard ließen sich im 13. Jahrhundert in zwei Linie, von denen der sog. Konradinische sich in Franken niedersetz und das Haus der Burggrafen von Nürnberg gründete, während der ältere den schwäbischen Stamm fortsetzte. Stammbater beider Linien ist der Graf Friedrich III., der dem Kaiser Friedrich Barbarossa wesentliche Dienste leistete und dafür zum Burggrafen von Nürnberg ernannt wurde. Sein ältester Sohn Friedrich IV. gründete die ältere schwäbische, sein zweiter Sohn Konrad die fränkische Linie. Der Vortragende theilte nun die wesentlichsten Sagen beider Linien des Hauses Hohenzollern mit, und hob dabei insbesondere die Sage von der weißen Frau hervor, die bekanntlich noch bis in die Neuzeit spielt. Nach dieser Sage ist die weiße Frau der nie zur Ruhe kommende Geist einer Gräfin Orlamünde, die, entbrannt in Liebe zum Burggrafen Albrecht dem Schönen, ihre beiden Kinder erster Ehe tödete, weil sie glaubte, dieselben ständen einer Verheiratung hindernd im Wege. In dem ehemaligen Kloster Himmelskron bei Bayreuth wird die Grabsäule dieser Gräfin gezeigt, während ihr Bildnis in den befreuerlichen Schäßern zu sehen ist. Bekanntlich gilt die weiße Frau als Todesverkläinderin im Hause Hohenzollern, soll zuerst i. J. 1486 auf der Plaßenburg (bei Kulmbach) erschienen sein, dann im Jahre 1598 in Berlin, 1677 im bayreuther Schloß; kurz vor dem Tode Friedrich Wilhelms III. soll sie i. J. 1840 im Berliner

* Eine tragische Geschichte. Ein Herr stieg in einen Omibus; ihm gegenüber saß eine Dame, die wie er im Halbdunkel durch den Schleier zu erkennen glaubte, jung und hübsch war. „Weshalb tragen Sie den Schleier?“ meinte er, nachdem es ihm gelungen, ein Gespräch mit der Dame zu beginnen. „Um mich vor den Blicken der Männer zu schützen.“ — „Aber es ist doch unser höchster Genuss, eine Schönheit bewundern zu dürfen.“ — „So lange man nicht verheirathet ist.“ — „Run, ich bin nicht verheirathet“, sagte er fest. „Wirklich?“ meinte sie, schlug den Schleier zurück und — es war seine Schwiegemutter! Man zweifelt an seinem Auftauchen.

* Dresden, 14. Jan. In Sachen des Residenztheaters schreibt man jetzt dem „Fremdenbl.“: Das viele Gedränge über die Verhältnisse des Residenztheaters hat nun auch dessen Direktor, Hrn. Dr. Hugo Müller, zu einer öffentlichen Aussprache veranlaßt. Dersebe konstatiert zunächst, daß die ursprünglichen Besitzer des Theaters auf sein Erwerben von dem im März v. J. mit ihm abgeschlossenen Kaufkontrakt zurückgetreten sind und ihm das Theater auf weitere drei Jahre pachtweise überlassen haben. Dem Dr. Müller ist es nicht abzustreiten, daß er das Residenztheater schon binnen Jahresfrist zu einem der ersten Privattheater in Deutschland gemacht hat, aber — ein Defizit von 20.000 Thalern ist der Lohn für all' seine Mühe, denn die wenigen Sonntagseinnahmen sind nicht im Stande gewesen, den enormen Aufwand an den Wochentagen zu decken. Dessenungeachtet wird derselbe den Muth haben, „die Dornenkrone der Direction für die von ihm übernommene Zeit zu tragen.“

* Großes Eisenbahnunglück. Man berichtet aus Peterburg: Auf unsern Eisenbahnen ereignen sich gegenwärtig nahezu täglich Entzegen erregende Unglücksfälle. Noch ist Alles aufgeregzt von Schauernachrichten, die in den letzten Tagen von der ungünstigsten Kiew-Breslauer Eisenbahn kamen, und schon wieder meldet der Telegraph von einer neuen Katastrophe auf der Moskau-Kursker Eisenbahn. Ein von Kursk kommender Postzug stieß etwa auf der Hälfte des Weges nach Moskau in der Station Sengiewo an einen Lastzug so heftig an, daß sich beide Trains buchstäblich in einanderbohrten. Drei Passagierwaggons nebst zwei Bagagewagen und mehreren Lastwaggons wurden zu Splittern zerbrochen, die übrigen Waggons wurden durch- und übereinander geschoben. Die Zahl der Toten konnte noch nicht konstatiert werden; verwundet sind mehr oder weniger schwer außer dem Zugbegleitungspersonale auch die meisten Passagiere.“

Stand der Delorirten.	Rother Adler-Orden		Kronen-Orden		Hohenzollern-Orden		Summe		
	I.	II.	III.	IV.	II.	III.	IV.		
Militärs und Mariniers	2	25	46	64	—	15	28	—	181
Beamte, Professoren, Schulmänner, Geistliche, Anwälte, Aerzte	1	20	60	274	3	9	34	3	425
Kaufleute, Industrielle, Landwirthe, die nicht als Militärs oder Beamte aufgeführt sind	—	—	—	—	—	21	—	21	
Rentner	—	—	—	11	—	2	32	1	47
Zusammen	3	45	106	349	3	26	94	4	653
	Summe 503				Summe 123		Summe 27 Orden		

außerdem 418 Allgemeine Ehrenzeichen für Unterbeamte etc.

Schlosse und i. J. 1850 eben dort kurz vor dem Seefelz'schen Attentat gesehen worden sein. Der Vortragende theilte alsdann noch einige Sagen aus der Zeit der brandenburgischen Kurfürsten und der Könige von Preußen mit und schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, es möge eine Prophezeiung in Erfüllung gehen, welche sich an einer in der Gegend des Klosters Chorin (Neumark) bekannte Sage anknüpfe, und welche dahin laute, daß nach Niederwerfung des Erbfeindes eine lange Zeit des Friedens beginnen werde.

Der allgemeine Männergesangverein hielt am 16. d. M. im Bambergischen Konzertsaal sein erstes diesjähriges Gefangen- und Tanzkränzchen ab, welches von ca. 600 Theilnehmern besucht war. Von vielen Seiten wird über mancherlei Mängel geklagt, die sich bei dieser Gelegenheit herausgestellt haben. Da bei den neulichen großen Konzert-Aufführungen Equipagen und Droschen auf den Hof bis vor den Eingang des Saalgebäudes gefahren waren und bei der Rückfahrt durch die enge Thor-Durchfahrt im Vorgergebäude das entgegenstömende Publikum geschrägt hatten, so hatte diesmal die Polizeibehörde das Hineinfahren der Droschen in den Hof nicht gestattet, so daß die Damen, in leichten Tanzschuhen und Balltoiletten sich genügt haben, durch den Schmutz auf Straße und Hof zu waten. Erst später wurde dann gestattet, daß die Fuhrwerke in den Hof hinein- und links ab, an dem Brauereigebäude vorbei, zu einem anderen Thore des Grundstückes hinausfahren durften. Es wäre wünschenswerth, daß diese Passage für Droschen und Equipagen künftig hin, mit der erforderlichen Bedenktung, stets offen erhalten würde.

In einer posener Korrespondenz eines auswärtigen Blattes heißt es: "In polnischen Kreisen will man hier mit Bestimmtheit wissen, daß die polnische Reichstag-Fraktion die Absicht habe, bei Gelegenheit der Debatte über ihnen, den Schutz der polnischen Nationalität und Sprache betreffenden Antrag mit einer sympathischen Kundgebung für Russland in der Weise vorzutreten, daß der Redner, der die Aufgabe hat, den Antrag näher zu begründen, den bekannten Ausspruch des Vorsitzenden der Fraktion, Abg. v. Tacjanowski, daß die Polen durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse genötigt seien, ihre hoffenden Blicke nach Osten zu wenden, weiter aufführt. Zu diesem Redner soll der Abg. v. Niegoski bestimmt sein. Diese Mitteilung gründet sich auf Auszüge, die der genannte Abgeordnete bei seiner hiesigen Anwesenheit während der Weihnachtsferien zu seinen Bekannten gethan hat."

r. Für den polnischen Theaterbau fehlen zur Vollendung noch etwa 20,000 Thlr. und ist ein Theil davon durch neuerdings veranstaltete Sammlungen aufgebracht worden, indem z. B. viele Personen die drei ersten Markstücke, welche in ihre Hände gelangten, eingesendet haben. Das Ergebnis dieser Sammlungen beträgt bis jetzt im Ganzen ca. 4000 Mark; davon wurden 890 Mark auf einer großen Jagd gesammelt, 75 Mark als Strafe von dem Theilnehmer an einer Jagd gezahlt, welcher aus Versetzen eine Ziege statt eines Rehbocks geschossen; 3½ Mark kamen durch die Bevölkerung einer Flasche Ratafia (wohl Jagd-Liqueur!) ein, 3 Mark für eine gläserne ausgeschänkte Flasche Ratafia zc.

r. Das Schulgebäude in der Kl. Gerberstraße, welches von sämtlichen Elementarjüllerinnen auf dem linken Ufer der Warthe besucht wird, ist vornehmlich in Folge der Überweitung der Schülerinnen aus den früheren Schulen der Ursulinerinnen zc., so überfüllt, daß nur 11 Klassen dort untergebracht werden konnten, und 3 Klassen nach dem Mittelschulgebäude verlegt werden mußten. Die Errichtung neuer, geräumiger Schulhäuser ist daher bereits vor längerer Zeit von dem Stadtoberhaupt besont worden.

Personalveränderungen in der Armee. Bronzart von Schellendorff 1., Oberst und Chef des Gen. Stabes des Garde-Korps, von Verdry du Bernois, Oberst und Chef des Gen. Stabes des 1. Armeekorps, — der Rang und die Kompetenzen als Brig. Kommdr. verliehen. v. Poebell, Oberst und Kommdr. des Hannov. Füß. Regts. Nr. 73, unter Stellung a la suite dieses Regts. mit der Führung der 15. Inf. Brig. beauftragt. v. Seest, Oberst-Lt., aggreg dem 6. Westfäl. Inf. Regt. Nr. 55, mit der Führung dieses Regts. unter Stellung a la suite desselben, beauftragt. Werkmeister, Major und etatsmäßiger Stabssoffizier im 2. Schles. Drag. Regt. Nr. 8, unter Überweitung zum großen Gen. Stabe, in den Gen. Stab versetzt. Voat, Major vom Gen. Stabe des 7. Armeekorps, als etatsmäß. Stabssoffiz. in das 2. Schles. Drag. Regt. Nr. 8 versetzt. Osterheld, Major a la suite des Schles. Füß. Regts. Nr. 38 und Militärlehrer bei dem Kadettenhaus zu Berlin, unter Entbindung von diesem Verhältnis, zum Kommdr. des Kadettenhauses zu Wahlstatt ernannt. Müller, Major a la suite des Bad. Fuß-Art. Bats. Nr. 14 und Adjut. der General-Inspektion der Artill., unter Entbindung von diesem Verhältnis und Überweitung zum großen Gen. Stabe, in den Gen. Stab versetzt. v. Frankenberger-Ludwigsdorff, Gen. Major und Kommdr. der 15. Inf. Brig., mit Pension zur Disp. gestellt. v. Liebenthal, Oberst und Kommandeur des Kadettenhauses zu Wahlstatt, mit Pens. zur Disp. gestellt. v. Röge, Oberst und Brigadier der 1. Gendarmerie-Brig., mit Pens. zur Disp. gestellt. Rode, Oberst-Lt. von der 1. Gendarmerie-Brig., zum Brigadier dieser Gendarmerie-Brigade ernannt. v. Niedern, Oberst und Kommandant von Straßburg, als Gen. Maj. mit Pens. zur Disp. gestellt. v. Weise, Maj. a. D., zuletzt im Anhalt. Inf. Regt. Nr. 93, mit seiner bisher. Pens. und der Pens. des gedachten Regts. zur Disp. gestellt.

Offiziell. Unter den als unanbringlich in den Händen der Post verbleibenden Briefen und Postkarten finden sich nicht wenige, die, so unglaublich und sonderbar es auch klingen mag, ohne Adresse in die Briefkästen eingelagert worden sind. Man hat allerdings nicht nötig, die Sache so aufzufassen, als habe vorzugsweise das deutsche Volk, das Volk der Denker und Philosophen, Individuen anzusehen, welche in der Berstreuthheit so weit gehen, Briefe ohne alle Adresse in die Beiecklasten zu legen: in anderen Ländern wird die gleiche bedauerliche Wahrschreibung gemacht und es sind z. B. in England im letzten Jahre nicht weniger als 12,000 solcher Briefe verunglückt. Diese Zahlen geben eine annähernde Vorstellung der Summe von Störungen und Nachtheiten aller Art für die betroffenen Interessen; sie sind zugleich ein Beweis für die Grundlosigkeit vieler Beschwerden über Briefbeförderung. Es ist eine alte Regel, die Adressen der Briefe nicht einmal, sondern zw. einmal zu lesen, ehe man sie der Post überreicht. Die neueste Erfahrung sagt das weitere Gebot hinzu, bei Postkarten unter allen Umständen zunächst die Vorderseite mit der Adresse und dann erst die Rückseite zu beschreiben.

Ein Arbeiter aus Jerice wurde von einem Schuhmann am 16. d. M. Morgens vor dem Königsthore in der Nähe des Fehlanschen Grundstückes stark und bewußtlos liegend gefunden, und von dort sofort mittels eines Fuhrwerks nach seiner Wohnung befördert. Doch starb er bereits auf dem Transporte dahin. Der Verstorbene soll an Epilepsie gelitten haben.

Verhaftet wurde in der vergangenen Nacht ein Individuum, welches auf der Straße Wärme machte und einem Schuhmann, der ihn zur Ruhe verwies, Widerstand entgegensezte.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes wurde am Sonnabend in einem Hause auf der Bronnerstraße gefunden.

Diebstahl. Eine Amme aus Jarocin hat einem Dienstmädchen auf St. Martin aus ihrem Kasten 40 Thlr. baaren Geldes und ein Sparfasschen, gleichfalls über 40 Thlr. gestohlen.

Birnbaum. [Städtisches.] Unsere Stadtverordneten-Versammlung konstituierte sich in ihrer diesjährigen ersten Sitzung dahin, daß Kaufmann Nothenbücher zum Vorsitzenden und Kaufmann J. Fricz zu dessen Stellvertreter, Kaufmann M. Fiechner zum Schriftführer und zu dessen Stellvertreter Uhrmacher Hilscher gewählt wurden. In der nächsten Sitzung soll die Wahl eines Rathmannes in Stelle des verstorbenen Kaufmanns L. Brach erfolgen. — Die Stadt Röhne, welche nunmehr zum platten Lande zählt, ist zum Polizeidistrikt Birnbaum geschlagen worden.

Kreis Bonist. 17. Januar. [Feuer.] Dienstag, den 12. d. wurde der frühere Pietz'sche Gasthof in Schwenten ein Raub der Flammen. Erheblichen Schaden hat namentlich der Bücherei des Gast-

hofes, Pozgalski, erlitten, welchem außer sämtlichem Mobiliar, verschiedener Vorräthe &c. auch eine bedeutende Summe baaren Geldes durch das Feuer verloren ging. Der frühere alte Bestier Fleisch lag zur Zeit des Feuers kaum darunter und konnte nur mit Mühe aus den Flammen gerettet werden, verstarb aber bald darauf, wahrscheinlich in Folge des gehabten Schredens.

X? Kosten, 16. Januar. [Klerikale.] Der Verkehr unter der katholischen Geistlichkeit ist mit der Inhaftnahme eines großen Theils der Defane ein auffallend reger. Man muß doch die in das Gefängnis wandernden Märtyrer mit Trost versehen und den Herren Amtsbrüdern den geheimen Nachfolger im Amt bezeichnen und sie zum Gehorsam gegen denselben ermahnen. Der Defan des kostener Defanats, Pfarrer Kulinski in Glubowo, ist vorläufig noch von der Inhaftnahme verschont geblieben, da er gegen den seine Verhaftung anordnenden Beichlitz des hiesigen Kreisgerichts wegen verweigter Zeugenaussage noch in letzter Stunde Beschwerde geführt hat. Doch haben die letzten Versammlungen der Defanatsgeistlichkeit bei seinem präsumtiven Nachfolger, einem Manne der Aktion, stattgefunden, welche zu Wege gebracht haben, daß die Geistlichen mehr wie bisher aus der beobachteten Reserve heraustraten und von der Kanzel herab gegen den Staat und seine Gesetze offen opponieren. Insbesondere ziehen sie auch gegen diesen Geistlichen zu Felde, welche sich dem Terrorismus der Mitbrüder nicht fügen und im Gehorsam gegen die Staatsgesetze fortwähren streben. Diese offene Feindseligkeit ist namentlich in unserer Stadt hervorgetreten, an deren Pfarrkirche der ruhige und würdige Probst Wessling wirkt. Derselbe ist nämlich einer der vier Geistlichen des kostener Defanats, welche sich bisher der Mithilfeleistung an den Adressen und an allen gegen die Staatsgesetze gerichteten Befreiungen beharrlich entzogen haben. In zahlreichen Artikeln des "Kuryer Poznański" und durch ostentiles Auftreten seiner Mitbrüder ist er als Abtrünniger verarbeitet worden und einige Rufe erst eingetreten, nachdem der glücklich besetzte Amtsgedächtnis Falkenberg das Feld geräumt hatte. Aber die beiden Vikare, welche unter dem Einflusse des künftigen Defan stehen, den ich oben als einen Mann der Aktion bezeichnet habe, entblößen sich nicht, gegen ihren Probst öffentlich und geheim zu wählen. Einer derselben, der Pfarrer Bielski hatte am Dreikönigsfest die Dreifigkeiten, vor versammelter Gemeinde in der Predigt zu sagen: "Der König kann weder einen Bischof noch einen Priester einsetzen. Ein Priester, der sich von seinem Bischof losagt und den Gegnen seiner geistlichen Oberbehörde nicht gehorsamt, ist ein Abtrünniger, Häretiker, der damit das Recht auf sein Amt und die Errichtung von geistlichen Funktionen verloren hat. Er darf keine Beichte hören und wer bei ihm beichtet, legt eine ungültige Beichte ab." Bieler Augen richteten sich auf seinen Vorgesetzten, denn der Witz war zu deutlich, um von der Gemeinde, die über ihren ersten Geistlichen seit langer Zeit im Sinne dieser Auslassung belebt worden war, missverstanden zu werden. (In ähnlicher Weise mag Hr. Bielski wohl auch im hiesigen Gesellen-Verein arbeiten, dessen Vorsitzender er ist.) Der zweite Pfarrer Baczkowski verkündete darauf der Gemeinde den Segen des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs und ermahnte sie zur ferneren Treue gegen ihn. Werüber darf man sich mehr wundern, über die Dreifigkeiten der Sprecher oder die Langmut des Probstes, der sich diese Mitarbeiter noch weiter gefallen läßt. Sollte es für ihn keinen Weg geben, sich ihrer zu entledigen, es dürfte so schwer nicht sein und ihm den Dank aller wohlgesinnten und ruhigen Bürger der Stadt eintragen.

?-r. Gnesen, 16. Jan. [Komunale Fragen.] Seitens der zuständigen Ministerien ist die Beibehaltung der als Staatssteuer aufgehobenen Schlauchsteuer als Kommunalsteuer und die Einführung einer ganz neuen Wildpret- und Geflügelsteuer für die Stadt Gnesen vom ersten Januar c. ab genehmigt worden. Das die Höhe dieser Steuer, die Art der Erhebung derselben und die sonstigen darauf bezüglichen Bestimmungen enthaltende Regulativ ist von den städtischen Behörden zwar entworfen, zuständigen Ortes aber bisher noch nicht genehmigt und nicht publiziert; vielmehr ist Seitens des Magistrates nur bekannt gemacht worden, daß jenes Regulativ im Rathaus zu Federmanns Einsicht ausliege. Dieser Publicationsmodus dürfte ebenso neu, als reditsunderbindlich sein, und wird deßhalb wohl nicht mit Unrecht hier vielfach die Ansicht ausgesprochen, daß die Erhebung der Steuer vor legaler Genehmigung und Publikation des Regulativs unzulässig sei und im Falle der Nichtentrichtung derselben eine richterliche Bestrafung schwerlich eintreten könne. — Zu allgemeinerer Befriedigung hat es gereicht, daß in der am 15. d. M. erschienenen Nummer des hiesigen Volksblattes zum ersten Male eine Bekanntmachung der Zeit und Tagesordnung der nächsten Stadtverordneten-Sitzung erfolgt ist. Hoffentlich wird dies nun für die Zukunft regelmäßig geschehen. Wie verlautet, werden unsere städtischen Behörden in Folge eines aus der Bürgerschaft an sie zu richrenden Gesuches um Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten nächstens Gelegenheit haben, sich über die Frage, ob eine solche Vermehrung notwendig, möglich und möglich ist, schlüssig zu machen. Der Beziehung dieser Frage scheinen erhebliche Bedenken nicht entgegen zu stehen. Wie wir aus dem städtischen Verwaltungsbericht vom 9. Dezember 1874 ersehen, belief sich die Einwohnerzahl von Gnesen i. J. 1874 mit Einstrom von 1074 Militärs auf 10,572, oder mit Fortlassung der Militärbelägerung auf 9498 Seelen. Bei einer solchen Einwohnerzahl soll nach § 12 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 die Stadtverordneten-Versammlung in der Regel aus 24 Mitgliedern bestehen, und auf diese Mitgliederzahl jeder Zeit durch statutarische Anordnung gebracht werden können in denjenigen Städten, wo bislang die Zahl der Stadtverordneten eine andere gewesen ist. Gnesen aber wird nur durch 12 Stadtverordnete vertreten, eine Zahl, welche die Städteordnung nur für Stadtgemeinden von weniger als 2500 Einwohnern als normal annimmt. Zur Zeit der Emanation der Städteordnung mag die Beibehaltung einer so geringen Anzahl von Vertretern der Stadt immerhin gerechtfertigt gewesen sein. Seitdem aber ist fast ein Vierteljahrhundert verflossen; Gnesen ist äußerlich und innerlich ein anderes geworden; seine Einwohnerzahl hat sich beträchtlich vermehrt; es hat ein Gymnasium, Eisenbahnen und eine größere Garnison erhalten, die in jüngerer Zeit sich noch um die Hälfte erhöhten wird; der Umfang seiner städtischen Verwaltung hat sich durch den Erwerb einer wertvollen Gasanstalt und die Befüllung eines früher ländlichen Territoriums zum Stadtkreis nicht unerheblich erweitert; kurz und gut, die von den Stadtverordneten zu vertretenden Interessen sind gegenwärtig größer und gewichtiger, als sie es vor mehr als zwanzig Jahren waren. Es erscheint darum auch notwendig, diese Interessen einer größeren Anzahl von Vertretern anzuvertrauen, d. h. die Zahl der Stadtverordneten angemessen zu erhöhen. Dies ist auch sehr wohl möglich. Denn das dazu erforderliche Material (um einen etwas trivial klingenden, aber doch sehr gebräuchlich gewordene Ausdruck zu gebrauchen) ist in unserer Bürgerschaft hinlänglich vorhanden. Dieselbe umfaßt einen zahlreichen Beamten- und Handwerkerverstand, aus dessen Mitte sich so mancher geeignete Vertreter der Stadt ohne Mühe herausfinden ließe, die aber bisher zu wenig berücksichtigt werden sind. Außer einem Rechtsanwalte gehört gegenwärtig nicht ein Gerichts-, Post-, Steuer- oder sonstiger Beamter, nicht ein Gymnasial- oder anderer Lehrer der Stadtverordneten-Versammlung an, ebenso wenig ein kleinerer Handwerker. Und doch wäre es nicht mehr als recht und billig auch diesen Theilen der Bürgerschaft einen ihrer Intelligenz und den von ihnen zu tragenden Lasten entsprechenden Anteil an der städtischen Verwaltung und Verwaltung einzuräumen. Dies mag bei der jetzigen geringen Zahl der Gemeindevertreter seine Schwierigkeiten geboten haben; bei einer Erhöhung der Zahl wird es nicht bloss möglich, sondern sogar nicht zu umgehen sein. Und ein Schade wird daraus für die städtischen Interessen nicht erwachsen. Durch die Heranziehung einer größeren Anzahl Bürger zu Ehren und Arbeiten der städtischen Verwaltung wird der Sinn und Eifer für jene Interessen in höherem Maße und in weiteren Kreisen angeregt, es wird die Arbeitslast der einzelnen Gemeindevertreter, die bisher wegen ihrer geringen Zahl so und so gehandhabt werden, vielleicht die Arbeitslast verloren, erleichtert; es wird eine eingehendere und vielseitigere Prüfung wichtiger Verwaltungsgegenstände

herbeigeführt, und namentlich wird eine unberechtigte, interessierte Beeinflussung von außen her, wenn auch nicht verbündet, so doch wenigstens erschwert werden. Auf letzteren Punkt muß unseres Ermessens das größte Gewicht gelegt werden. Bei der heutigen Mitgliederzahl ist die Stadtverordnetenversammlung schon bei der Anwesenheit von 7 Mitgliedern beschlußfähig, deren nur aus 4 Stimmen bestehende Majorität über die wichtigsten Gegenstände, z. B. Bürgermeisterwahl, Führung neuer Steuern u. s. w., den Ausschlag gibt. Und wie leicht ist es füremanden, der Interesse zur Sache hat und sich die Sache angelegen sein läßt, auf 4 Stimmen einen entscheidenden Einfluß auszuüben, was bei einer Verdopplung der Mitgliederzahl nicht so leicht geschehen könnte, da ja dann zur Herstellung der den Ausschlag gebenden Majorität die doppelte Stimmenzahl erforderlich ist. Brutus ist ein braver Mann und ehrenwerte Leute sind wir alle, aber gewisse "Menschlichkeit" laufen doch überall mitunter. Ein gutes Omnis für die Erfüllung des Wunsches nach "mehr Stadtverordneten" dürfte übrigens darin zu finden sein, daß unser Rathaus durch den Umbau eines neuen Sitzungssaales für die Stadtverordneten-Versammlungen, der mindestens doppelt so groß ist, als der bisherige, eine Erweiterung erfahren hat.

Aus dem Gerichtssaal.

¶ Posen, 18. Januar. Vor dem Schwurgericht fand heute die Verhandlung wider den Wirth Joseph Siejal aus Brzostowica und Gen. statt, welche infolge von hohem Interesse war, als sie den in Folge der Einführung des Geistlichen Kubecza als Propst von Xions dafelbst am 30. August v. J. ausgebrochenen Tumult zum Gegenstand hatte. Die Sitzung nahm früh um 9 Uhr ihren Anfang und endete, nachdem fast ohne Unterbrechung verhandelt worden, erst Abends nach 6 Uhr.

Angelaßt waren der Wirth Joseph Siejal aus Brzostowica, der Tagearbeiter Benon Bielski ebendaher, der Tagearbeiter Andreas Lis aus Konarzkie und die Dienstmagd Franziska Radolak aus Xions wegen Aufruhrs, außerdem Siejal und Bielski wegen Anstiftung dazu, die beiden Letzteren, sowie Lis auch wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Die Vertheidigung führten die Herren Rechtsanwälte Döckhorn und Mühl. Andreas Lis und Franziska Radolak wurden freigesprochen, Siejal und Bielski aber wegen Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der erstere zusätzlich zu einer bereits im Oktober v. J. wider ihn erkannten dreimonatlichen Gefängnisstrafe zu einem Jahre Gefängnis, der Letztere zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. — Nähere Details über die heutige Verhandlung behalten wir uns für die nächste Nummer vor.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die Nr. 3 der "Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: König Alphons XII. Von Wilhelm Bader Nagel. — Die Resultate der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Jahre 1873. Von Schulze-Delitzsch III. (Fortsetzung) — Literatur und Kunst: Briefwechsel zwischen Barnhagen und Haber. Von Karl Hillebrand. I. II. — Mein Entwicklungsgang. Von Eduard von Hartmann. (Schlaf.) — Neue dramatische Dichtungen. "Brutus". Von Heinrich Kruse. Beiproben von Paul Lindau. — Aus der Hauptstadt: Die 1. Sitzung der neuen Stadtverordneten-Versammlung. Von v. Nolzen. — Offene Briefe und Antworten. — Bibliographie. — Inserate.

Staats- und Volkswirtschaft.

** F. Pleßner & Co. Wir theilen in der heutigen Mittagsnummer mit, daß der Konkurs über das Vermögen dieser Eisenbahngesellschaft und ihrer persönlich haftenden Gesellschafter eröffnet worden ist. Das gefallene Unternehmen stand in so vielfacher Beziehung zur Provinz Posen, daß es für manchen leidtragenden Leser eine Art bitterlicher Trost sein dürfte, hier einen Nachtrag der dahingehenden Aktiengesellschaft zu finden. Die Pleßner'sche Eisenbahngesellschaft ist im Jahre 1870 gegründet worden und hatte zunächst den Zweck, dem Bau-Unternehmer F. Pleßner, der bis dahin für eigene Rechnung und, so viel bekannt, mit Glück Eisenbahnen gebaut hatte, die Mittel zu einer umfassenden Erweiterung seiner Tätigkeit zu geben. Das das Geschäft des Eisenbahnbau im Kleinen als sehr rentabel erkannt worden war, wie das Beispiel Strousberg gelehrt hatte, so fand die Idee, an diesem aussichtsreichen Geschäft vermöge des Systems der Assoziation recht viele Personen zu beteiligen, fast überall Anklang. Die Baugesellschaft für Eisenbahn-Unternehmungen trat denn auch nach verhältnismäßig kurzen Vorarbeiten in's Leben und der Urheber derselben, Herr Pleßner, wurde verantwortlich Gesellschafter und Direktor. Wenn die Besitzer von 4 500,000 Thlr. Aktien der genannten Gesellschaft, die zum Thil in einem bis 159 Prozent gestiegenen Kurs erworben worden sind, diesen Mann in erster Reihe für ihr Unglück verantwortlich machen, so haben sie, meint die "Börs-Ztg.", in jeder Beziehung und in jedem Umfang Recht, denn an der Überstürzung, an dem Optimismus, an der Kurzichtigkeit des Herrn Pleßner ist nach Überzeugung des genannten Blattes die in Rede stehende Gesellschaft gescheitert. Hand in Hand mit der oben erwähnten Kapitals-Erweiterung ging eine fortwährende Erweiterung des Geschäftsbetriebes, der in der Begründung von Eisenbahn-Gesellschaften, in der Theilnahme an solchen und in der Übernahme von Bauausführungen neu begründeter Eisenbahnen bestanden. Nach und nach waren die Bauausführungen folgender Eisenbahnen übernommen: Oberlausitzer Kohlfurt-Falkenberg, Mühlener-Eschede, Leipzig-Gatschwitz-Meuselwitz-Chemnitz-Komotau-Zwickau-Legenfeld-Falkenstein, Dels-Giesen, Gera-Blauen, Angermünde-Schwedt und Erfurt-Hof-Eger. Von diesen sämtlichen Bahn-Unternehmen ist nur die kleine Bahn im d. S. medt von der Pleßner'schen Gesellschaft wirklich zur Bauvollendung gebracht. Die anderen Bahnen haben sich theils, als es vor Jahresfrist klar wurde, daß die Gesellschaft ihren Bauverpflichtungen nicht mehr genügen könnte, emanzipirt, theils sind die Unternehmungen (Erfurt-Hof-Eger) überhaupt nicht mehr zur Ausführung gelangt und die diesbezüglich gegründeten Eisenbahn-Gesellschaften zur Auflösung gebracht. Abgesehen von den bei Weitem zu niedrig geprägten Voranschlägen, nach denen die Ausführung jener Unternehmungen übernommen war und die den Preissteigerungen gegenüber sich vollständig erwidert, wurde das Unternehmen der Dels-Giesen-Eisenbahn-Gesellschaft, welche sich in einer überaus lohnen und uneigennützigen Weise benommen hatten, empfindlich zu verlieren, oder das Risiko des Unternehmens auf die eigenen Schultern zu übernehmen, entschied sich die Baugesellschaft in ihren Gesellschaftsvertretern für das Letztere. Man rechnete darauf, daß ein Verlauf der Prioritäts-Stammstrecken zum Course von mindestens 80 p.C. zu effektuiren sei. Dies aber war selbstredend bei den Zeitverhältnissen zu Beginn des vorjährigen Jahres bereits ebenso unmöglich, wie es eben heute sein würde. Nachdem auf die Stamm- und Stamm-Prioritäten der Dels-Giesen-Eisenbahn-Gesellschaft eingezahlt waren, reichte das Vermögen der Gesellschaft für die (Fortsetzung in der Beilage.)

Ausführung ihrer umfangreichen Ziele nicht mehr hin, und es ergab sich die Notwendigkeit, in einer Anleihe zu schreiten. Die Anleihe wurde zum bei weitem größten Theil aus der Mitte der Gesellschaftsvorstände, mit 1,500,000 Thaler abgeschlossen." Soweit die Mittelungen des damaligen Circulars, bei dessen Abfassung man sich noch in äußerst optimistischen Hoffnungen geweckt hat, denn es hieß in demselben weiter: "Es ist damit das Oels-Gnesener Unternehmen kontrolliert, da die noch zu leistenden Zuflüsse der Bau-Gesellschaft Pleßner nach der bald bevorstehenden Abwickelung verschiedener erheblicher Bahnbauten gesichert sind. Durch diese Anleihe sind aber auch die Verhältnisse der Bausgesellschaft Pleßner selbst in durchaus befriedigender Weise kontrolliert und es kann nur, theils einer unbegreiflich erregten Besorgniß, theils unlaunteren Motiven, zugeschrieben werden, wenn von verschiedenen Seiten Gerüchte ausgebrengt werden, welche die Untergrabung des Kredits der Bausgesellschaft Pleßner bezeichnen, oder herbeizuführen geeignet sind." In Wirklichkeit konnte indeß von einer Kontrolle des Unternehmens unter den obwaltenden Zeitverhältnissen nicht die Rede sein. Die Rechte Oder-Ufer-Eisenbahngesellschaft lehnte es in ihrer Generalversammlung vom 29. Juni ab, eine Garantie für Stammvorräte der Oels-Gnesener Eisenbahn auf zehn Jahre zu übernehmen, und auch die übrigen Verhältnisse gestalteten sich entsprechend ungünstiger, so daß in einer vor wenigen Wochen stattgehabten Generalversammlung einzelne Aktionäre auf Provokation des gerichtlichen Konkursverfahrens antrugen, daß sich nunmehr denn auch als Notwendigkeit herausstellte.

Im Großen und Ganzen ist die Pleßnerische Katastrophe, die seit mehr als Jahresfrist die Börse und den Kapitalmarkt erschüttert hat, als beendet anzusehen, was noch folgt, ist ein schwaches Nachspiel, bei dem es an Skandal nicht fehlen wird. Ob die Gläubiger werden voll befriedigt werden können, ist zweifelhaft, die Aktionäre sind auf jeden Fall ohne irgend welche Hoffnung, es kann nach Lage der Dinge nicht ein Groschen für sie übrig sein, und es verbleibt ihnen nur, ihre Aktien als warnendes Beispiel für ihre Nachkommen zu konservieren, die daran erkennen mögen, daß ihre Kräfte über schwächeren Direktoren, unaufmerksame Verwaltungsträume und indifferente Aktionäre — denn auch in diesem Fall waren die Aktionäre so lange in Vertrauensseligkeit eingeschlafen, bis das Geräusch des Zusammensturzes sie wachte — und nimmer zusammen glückliche Erfolge erringen.

** Berliner Nordbahn. Wenn auch das Gerücht, daß die Direktion bereits den Konkurs angemeldet habe, noch verfrüht ist, so scheint doch übereinstimmenden Nachrichten zufolge die Insolvenzklärung der Nordbahn-Gesellschaft nur eine Frage der nächsten Zeit zu sein. Die Verhandlungen zur Aufnahme der Prioritäts-Anleihe sind als vollständig gescheitert zu betrachten. Die Direktion läßt sich übrigens in der ganzen Angelegenheit der Vorwurf kaum ersparen, daß sie die Dinge mit einer wenig zu rechtfertigenden Schönfärberei bis zum letzten Moment behandelt hat. Da offizielle Kundmachungen aller Art hat sie fortwährend nicht nur den Stand der Verhandlungen als einen außerordentlich altrüfigen geschildert — sie hat auch bereits vor Monaten offiziell erklärt, daß die Verhandlungen so gut, wie abgeschlossen seien.

** Russische Eisenbahnen. In der am 11. Dezember stattgefundenen Generalversammlung der Aktionäre der landwirtschaftlichen Orla-Witebsker Eisenbahn wird das Budget v. 1875 bestätigt. Dasselbe weist eine Einnahme von 4.877.150 Rubel und eine Betriebsausgabe von 2.115.722 Rubel auf, so daß die Netto-revenue sich auf 2.761.428 Rubel beifügt. — Einer Mitteilung der "Börsen" zufolge hat

die Landwirtschaftsverfassung des Gouvernements Twer eine Deputation gewählt, welche sich bei der Staatsregierung um die möglichst baldige Genehmigung des Baues einer Eisenbahn von Nowo nach Wjasma vertragen soll. — Das von dem "Dessischen Boten" gebrachte Gerücht, die Kiew-Brester Bahn werde in die Hände der Staatsregierung übergehen, wirkt von der Börse als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. — In der am 8. Dezember stattgefundenen General-Versammlung der Aktionäre der Losow-Siewastople Eisenbahn ist beschlossen worden, die Direktion dieser Bahn zu autorisieren, bei der Staatsregierung um einen Vorbehalt zur Deckung der Betriebsausgaben dieses Jahres nachzufragen. — Während des verflossenen Sommers hat bekanntlich eine Kommission von Kronstädternen Terrainuntersuchungen für eine Eisenbahn zwischen Brjansk und Brest ausgeführt. Bezüglich dieser projektierten Bahn wird der "Börse" aus Brjansk geschrieben, daß dieselbe von der Orla-Witebsker Bahn zwischen den Stationen Brjansk und Bielsko Biala abweichen, die Desna entlang führen, dienen Fluss etwa 30 Werst von Brjansk überschreiten, die Orte Sosnowka, Mjaskowsk, Krajkij Roga, Potschap, Molin, Suraš u. s. w. passiren und bei der Station Sabinka, in der Nähe von Brest, in die Kiew-Brester Bahn einmünden soll. Die Länge der Hauptbahn würde etwa 700 Werst betragen. Von der Hauptlinie sollen aber noch drei Nebenbahnen abweichen, und zwar eine nach Nowo 187 Werst, eine nach Krowel 137 Werst und die dritte nach Grodno, 230 Werst lang, so daß die Gesamtlänge der Brjansk-Brester Eisenbahn gegen 1260 Werst sein würde. — Die Masch-Wjasma-Eisenbahn ist in ihrer Gesamtlänge von 660 Werst am 15. Dezember dem Betriebe übergeben worden.

Vermischtes.

* Berlin, 14. Januar. Zu dem angeblichen Doppelselbstmord eines Husarenoffiziers und seiner Geliebten, eines Fräuleins Clara Korten aus Berlin, der vor Kurzem in Braunschweig geschehen ist und hier ein ganz ungewöhnliches Aufsehen erregt hat, wird dem "Börsen-Courier" nachträglich Folgendes mitgeteilt. Clara K. war eine Dame keineswegs zweifelhaften Rufes, seit Jahren war dieselbe vielmehr ständige Besucherin bissiger Balllokale, sie wurde unter ihren "Freundinnen" eines gewissen sentimental-zugewandten Typs wegen und weil sie häufig von Selbstmord sprach, oft verspottet, da man diese Ausdrücke für Phrasen hielt, die mit ihrem sonst ziemlich lustigen Wesen wenig harmonierten. Noch acht Tage, ehe die Nachricht von ihrem tragischen Ende aus Braunschweig herberglangte, wurde sie mit eben jenem in Braunschweig garnisonirenden Husarenoffiziere in dem bekannten bissigen A. S. Tschalons gesessen. Bald darauf reiste der Offizier ab und sie folgte ihm kurz nachher nach Braunschweig; sie trug sich, wie man jetzt weiß, mit der Hoffnung, daß ihr Geliebter sie heiraten werde, um so mehr, als ihr bereits ziemlich lange bestehendes Verhältnis nicht folgenlos blieb. Aus diesem Grunde glaubt man denn auch annehmen zu sollen — eine Annahme, die durch gewisse Nebenumstände freilich gerechtfertigt erscheint, daß der Offizier nicht freiwillig mit ihr in den Tod gegangen ist, sondern, daß sie zuerst ihn, dann erst sich selbst vergiftet habe, oder daß sie ihm ohne sein Wissen das Gift zu trinken gegeben. Das Dunkle, welches in dieser Hinsicht das traurige Schicksal des jungen Offiziers bedekt, wird wohl nie gelöst werden.

* Kassel, 14. Januar. [Mordanschlag.] Vorigen Sonnabend wurde im hiesigen Buchthaus von einem Sträfling ein Mordver-

such auf den Direktor der Königl. Strafanstalten Herrn Hauptmann a. D. v. Biegler-Klippaußen verübt. Bei der Vorführung fürzte derselbe mit einem Messer, welches er im Ärmel verbirgt gehalten, auf den Direktor. Der Stoß wurde mit solcher Wucht und so kräftig geführt, daß der Verbrecher dabei hinfielte, Herrn v. Biegler glücklicher Weise nur den Arm verletzte. Die Wunde ist dennoch sehr bedeutend und gefährlich. Fünf Aufseher hatten ihre Röthe, den Mann zu bändigen wobei er noch einem Aufseher mit dem Messer den Rücken verlegte. Der Mann soll nicht die geringste Ursache für die That gehabt haben und liegt der Veracht nahe, daß mehrere Buchthausgefangene gelöst haben, wer die That vollbringen sollte. Herr v. Biegler ist als ein sehr gewissenhafter, aber auch, soweit es ihm möglich ist, als humanaer Beamter bekannt.

* Köln, 15. Jan. Der Hauptgewinn der Tombola lotterie von 25.000 Thlr. fiel auf Nr. 125.439.

* "Womit handeln Sie?" fragte ein Reisender einen andern. Der Angeredete wärmt den uraltcn Wit majestatisch auf. "Mit Verstand!" So? meinte der Andere und machte große Augen. "Proben haben Sie wohl nicht bei sich?"

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 18. Januar. Die Bankgesetzkommission beendete die zweite Lesung des Gesetzes und nahm den letzten Paragraphen mit der Maßgabe an, daß wenn nach Ablauf des fünfzehnjährigen Bankprivilegiums die Reichsbank fortbestehe, das Reich verpflichtet ist, an Preußen eine Entschädigung von 621.000 Thalern jährliche Rente zu zahlen. Das ganze Gesetz wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung schließlich mit 16 gegen 4 Stimmen (Mosle, Haanen, Aretin, Müller) angenommen. Die Feststellung des Berichtes erfolgt morgen, die Debatte im Plenum vielleicht schon Freitag. — Das Abgeordnetenhaus erledigte die Schriftführerwahl, deren Resultat beim Schluß der Sitzung noch nicht festgestellt war. Nächste Sitzung morgen. Das Herrenhaus verwies den Gesetzentwurf über die Auflösung des Lehenverbandes in der Kurmark an eine besondere und das Gesetz über das Bormundschaftswesen und die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger an eine besondere zwanzigjährige Kommission.

Berlin, 18. Jan. Wie die "Post" meldet, ist die neue spanische Regierung betreffs des räuberischen Überfalls der Carlisten in Guatamala ohne den Eingang einer deutschen Beschwerde abzuwarten, der Reichsregierung mit Vorschlägen entgegengekommen, die allen Ansprüchen, welche deutscherseits erhoben werden können, gerecht werden. Die "Post" äußert ihre Befriedigung darüber, daß die neue spanische Regierung in so zuvor kommender Weise die Angelegenheit erledigt hat.

Julda, 18. Januar. Nach Schließung des Priesterseminars wurde heute das gesamte bischöfliche Vermögen durch den hiesigen Landrat mit Beschlag belegt. Der Pfarrer Helfrich (Dipper) ist aus dem Gebiete des deutschen Reichs ausgewiesen worden.

Bekanntmachung.

Die Erbauung der im hiesigen Bezirk erforderlichen Postcourses der Gattungen IXa, IXb, X, XIa und XII, sowie der Feldpostkriegswagen soll im Ganzen vergeben werden. Bewerber werden aufgefordert, Angebote schriftlich und versiegelt bis zum

15. Februar d. J. einzurichten.

Nothwendiger Verkauf

Die im Großherzogthum Posen, im Birnbaumer Kreise, im Haulandkreis Groß-Krebbel belegenen, im Grundbuche von Groß-Krebbel Blatt Nr. 10 und 11 eingetragenen, der Frau Charlotte Wollmann geborenen Lebt zu Waize gehörigen und früher zusammen mit dem Rittergute Waize bewirtschafteten Grundstücke, welche mit einem Flächen-Inhalte von 19 Hektaren 90 Acre 70 Quadratrab der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Rentnertrag von 75,80 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 45 Thlr. veranlagt sind, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag

den 16. Februar d. J.,

Vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 4 des unterzeichneten Kreisgerichts versteigert werden.

Die Auszüge aus der Steuerrolle, die beglaubigten Abschriften der Grundbuchsblätter und alle sonstigen die Grundstücke betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 21. December 1874.
Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung
Der Subhastationsrichter.

Nichter.

Wir sind zum freihändigen Verkauf eines der bestituirten Grundstücke am hiesigen alstädtischen Markte ermächtigt und ersuchen Reflektanten sich dieselben bei uns zu melden. Zwischenhändler ausgeschlossen.

Bank

für Landwirtschaft und Industrie.

Kosten, den 8. Januar 1875.
Der Magistrat.

Offene
Stadtsekretairstelle.

Die hiesige Stadtsekretairstelle mit einem Jahresgehalte von 1050 Mark ist schleunigst wieder zu besetzen. Bewerber mit der erforderlichen Geschäftsbildung und der politischen Sprachmächtigkeit, vorzugsweise versorgungsbedürftige Militair-Anwärter, wollen sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse unverzüglich melden.

Eine sechsmontäliche Probiedienstleistung wird vorbehalten.

Kosten, den 8. Januar 1875.

Der Magistrat.

Swilecki, Potocki u. Co.

Bekanntmachung.

Das Etablissement der im Jahre 1872 auf der Domäne Kaisershof abgebrannten Scheune, veranschlagt auf 1071 Thlr. 11 Gr. 9 Pf. erl. Kosten der Maurer- und Dachsteine, sowie des Titels Inszemein soll im Wege der Mindestauktion vergeben werden, und habe ich hierzu einen Termin

auf den 26. Januar c.,

Morgens 11 Uhr,

in meinem Bureau hier selbst anbrennt, zu dem Unternehmungslustige eingeladen werden.

Zeichnung, Kosten-Anschlag und Bedingungen können vorher bei mir eingesehen werden.

Samter, den 16. Januar 1875.

D. r. Kreisraumeister

O. Hirt.

Freiwillige,

Schneider von Profession, welche bei der Feld-Artillerie in Posen eintreten wollen, können sofort eingestellt werden.

Wo? zu erfahren in Stube

98. Post Tiefen.

Der Preis für 50 Kilogramm, oder 1 Ctr. Ruhköhnen, und für 50 Kilogramm, oder 1 Ctr. Förderköhnen, der fiskalischen Königsgrub wird vom

15. Januar d. J.

ab für den Detail-Verkauf auf 40 Reichspf. festgesetzt.

Königshütte, 6. Januar 1875.

Königliche Berg-

Inspektion.

Muktion.

Mittwoch den 20.

von 9 Uhr ab,

werde ich Sapiehplatz Nr. 6

verschiedene Möbel, Teppiche,

Herren- und Damen-Uhren

Regulatoren, Gold-Gegen-

stände u. s. w.

gegen baare Zahlung versteigern.

Kaz, Auktionskommisarius.

Die Vermittelung von Kapi-

talien auf Güter c.

sowie Geld auf Wechsel über-

nimmt das landwirthschaftl. Bureau

des Kfm. V. Körner, Berlin

Friedrichstr. 178.

Ein Schankgeschäft ver-

bunden m. Restauration oder

auch nur besseres Restaurant

wird baldigst od. auch z. Öster

in Posen zu pachten od. laufen-

gesucht.

Offerren sub A. R. 101. Exp. der

Posener Zeitung.

Ein Kandidat phil. erhielt

Unterr. im Griech., Lat. u. Franz. ev.

Nachhilfe bei den Schularbeiten. Näh.

St. Adalbert 28.

Ein Schankgeschäft ver-

binden m. Restauration oder

auch nur besseres Restaurant

wird baldigst od. auch z. Öster

in Posen zu pachten od. laufen-

gesucht.

Offerren sub A. R. 101. Exp. der

Posener Zeitung.

Ein Schankgeschäft ver-

binden m. Restauration oder

auch nur besseres Restaurant

wird baldigst od. auch z. Öster

in Posen zu pachten od.

Krüsch & Jahn,

Hamburg,
holl. Brook 26.

Cigarren-Fabrik.

Lager echt imp. Havanna-Cigarren.

NB. Preis-Courante gratis.

Sendungen von $\frac{1}{2}$ Mille an franco und verzollt.

Die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank

gewährt unkündbare hypothekarische Darlehen auf in grösseren Städten belegene Hausgrundstücke, wie auch auf Güter und bürgerliche Besitzungen unter den günstigsten Bedingungen, auf Güter auch hinter Pfandbriefen nach neuester landschaftlicher Lare. Die Abwicklung der Beleihungsgeschäfte erfolgt schnell und courant. Nähere Auskunft ertheilt

die General-Agentur
Moritz Schoenlank, Posen,
Schuhmacherstr. 20.

Frachtbrief-Formulare,
nach den neuen Bestimmungen angefertigt und mit dem Stempel der Oberschlesischen Eisenbahn versehen, sind stets vorrätig und werden
100 Stück ohne Firma à 10 Sgr.,
100 Stück mit Firma, Signatur re. à 12½ Sgr.
abgegeben in der

Hofbuchdruckerei W. Becker & Comp.

Coca
Präparate
D. W. Strauss
Mohren-Apotheke Mainz

Die wunderbaren Nahr- und Heilkräfte der peruanischen Coca-Pflanze von Alex. v. Humboldt mit den Worten empfohlen „Asthma und Tabakulose fehlen bei den Coqueros gänzlich, und ihr Körper bleibt bei harter Anstrengung tagelang ohne Nahrung und Schlaf vollkräftig“, von Boernhave, Bompard, Tschudt und allen Südamerika-Reisenden bestätigt, sind von den deutschen Gelehrten wohl theoretisch längst, praktisch aber erst seit Einführung der Prof. Sampson'schen Coca-Präparate der Mohrenapotheke in Mainz anerkannt, indem diese, weil aus frischer Pflanze dargestellt, sämtliche wirksamen Bestandtheile unverändert enthalten. Diese Präparate, am Krankenbette tausendfach erprobt, sind bei Brust- und Lungenkrankheiten, selbst in vorgeschrittenen Stadien, von eminenten Wirkung (Pillen I), heilen gründlich alle Unterleibs- und Verdauungs-Krankheiten (Pillen II und Wein), sind unersetzlich bei allen Nervenleidern und einziges Radikalmittel gegen spec. Schwächezustände jeder Art (Pillen III und Spiritus). Preis 1 Sch. 3 R.-Mk. 6 Sch. 15 R.-Mk. 1 Flac. 3 R.-Mk. Belehrende Abhandlung Prof. Dr. Sampson's, der die Coca an Ort und Stelle sorgfältig studirte, franco-gratis d. Mohren-Apotheke Mainz und deren Depots-Apothen:

Posen: Dr. Mankiewicz, königl. Hof-Apotheke. Berlin: B. O. Plug, Louisestr. 30. Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauerstr. 21.

Regelmässige 14 tägige Postdampfschiffsserbindung

Hull und Newyork

vermittelt der prachtvoll eingerichteten Dampfer der Herren Thos. Wilson, Sons u. Co. (Othello, Colombo, Virago, Yeddo u. c.) mit Anschluss an deren regelmässige Linien zwischen Hull und Stettin u.

Erste Urfahrt von Hull am 30. Januar

per Dampfer Othello, 2000 Tons, 900 Pferde.

Passagierpreise: { Erste Kajüte 12. 12 } inclusive

Zweite 6. 6 Verpflegung.

Erste Expedition von Newyork gegen Ende Februar.

Güter- und Passagieranmeldungen erbitten

Thos. Wilson, Sons & Co., Hull,
und deren Agenten
C. E. Wright u. Co., Newyork,
F. Zvers, Stettin.

Von heute ab gänzlicher Ausverkauf bei J. A. Auerbach, Sapienhäuser 1, als Leinwand, Shirting, Chiffon, Tischzeug, Handtücher, Bettdecken, Bettzeuge, Schürzen, Kleiderstoffe, Weizwaren, Flanells, französische Gummi-Schuhe u. c. mit bedeutend herabgesetzten Preisen.

Imp. Bahia-Cigarren
a Mille 20 Thlr. empfiehlt
Hugo Tilsner.

Ball-

Röben werden schnellstens, sauber und elegant zu billigsten Preisen geliefert von

S. Schott,
Wasserstraße 1.

Kauf-Loose

zur 2. Klasse der Schleswig-Holsteinischen Landesindustrie-Lotterie sind à 2½ Rm. in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Braunschleier
billig! billig
bei
S. Knopf,
im Eck-Laden.

Alleiniges Dépôt
für sämtlicher Sorten (H. 2176).

Spielskarten
mit und ohne Goldecken aus der Fabrik von

Frommann & Rünte
in Darmstadt

für die Provinzen
Schlesien und Posen

Heinrich Heinisch
in Breslau.

Wiederverkäufer erhalten

12½—16½% Rabatt.

Verlosung von Kunstwerken
für den Bau eines

Künstlerhauses
in Berlin.

Mit hoher Genehmigung des Königl. Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg,

veranstaltet durch den

Verein Berliner Künstler.

Gesammtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose à 20 Mark.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. 3tg.

Geldschränke

bei C. Anderleit, Schlossmeister,

Berlin, Steinstraße 19, Wiederwerk

bedeutenden Rabatt.

Eine elegante einspännige Equipage, fast noch neu, auch zweispännig zu fahren, ist Umstände halber preiswürdig zu verkaufen. Auch kann Waggon und Geschwirr einzeln abgegeben werden. Gefällige Adressen erbitte ich in der Expedition dieser Zeitung unter A. B. 3.

Frische Sendung!

Ger. Pom. Gänsebrüste ohne Knochen a. Pfd. 16 Sgr., mit Knochen Pfd. 15 Sgr., reines Gänsefleisch a. Pfd. 12 Sgr. empfiehlt

A. Szule, Wasserstr. 25.

Ein tüchtiger Schweizer sucht sofort eine

Milchpacht

auf einem grösseren Gute. Briefe sind zu senden an Gastwirth Roefeler in Wollstein.

Max Bautz.

Jerohner Lotterie-

Loose.

Hauptgewinn 3000 Mark,ziehung am 1. März, sind a 3 Mark in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Bequemes Logis

für einen Herrn ist Langstraße 11, im Hinterhause 3 Treppen, linke erste Thür, zu vermieten.

Schloßstr. 3, 2 Treppen, ist eine möbl. Stube zu vermieten.

Gr. Gerberstraße 55

Wohnungen und Holzplatz.

Kleine Ritterstraße 1

ist eine herrschaftliche Parterre-Wohnung von 4 Zimmern und Küche und im 2. Stock eine Wohnung von 5 Zimmern und Küche vom 1. April ab zu vermieten. Näheres bei

Nothholz,

Wilhelmsplatz 12.

Ein möbliertes Zimmer ist zu vermieten Martin Nr. 14, im Hinterhause Nr. 3, eine Treppe hoch.

Sapientiastr. 1 ist ein grosser Laden nebst Zimmer und Zubehör vom 1. April zu vermieten.

Tobias Friedmann.

Gartenstr. 13b ist e. Wohn. von 4 Zimm. Küche u. Zub. v. 1. April ab zu vermieten.

Der grosse Laden Breitestraße 12, ist sofort oder per später zu vermieten. — Näheres im Restaurant Schlossstr. 5.

Graben 25

Eine Wohnung von 3 Stuben nebst Zubehör in der 1. Etage zu vermieten
Bäckerstr. 14 in e. k. Wohnung zu v. 1. Mrz. jähr. à 1. Febr. c. zu v.

St. Adalbert 40 B., 1. Etage, ein möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

Schützenstr. 19

Ist eine Wohnung von 4 Stuben in der 1. Etage u. zwei Wohnungen von 3 Stuben in der IV. Etage sofort zu vermieten.

Wallstraße 93 Wohnungen zu 2 und 3 Stuben nebst Zubehör zum 1. April zu vermieten.

Räumlichkeiten zu einem Materialwaren- und Restaurationsgeschäft geeignet, werden im oberen Stadtteil zu mieten gesucht. Offerten sub C. S. bis zum 24. d. M. postlagernd Posen erbeten.

Die Inspector - Stelle in

Rosentzka ist besetzt.

Ein tüchter

Gonditor - Gehilfe

findet sofort Stellung bei

B. Loga,

Gnesen.

Für mein Stabeisen- und Eisen-

Kunzwaren-Geschäft suche ich womög-

lich zum sofortigen Antritt einen in die-

re Branch routinierten jungen Mann.

Reflektanten, die längere Zeit in solchem

Geschäft gearbeitet haben, belieben mir

umgehend ihre Zeugnisse einzufinden.

Polnische Sprache erforderlich.

Branden. Jacob Rau

vorm. Otto Högl.

Ein deutscher

Wirtschaftsbeamter,

26 Jahr alt, drei Jahr beim Fach, der

polnischen Sprache vollständig mächtig

und mit der Buchführung vertraut,

welcher auch den Militärpflicht schon

genugt hat, sucht zum 1. April er-

Stellung.

Gef. Offerten bitte postlagernd unter

A. B. Mur. Goslin.

Ein **Dampfbrettmühlen-Ver-**

walter, verheirathet, der polnischen

Sprache u. Schrift mächtig, cautious-

fähig, 18 Jahr beim Fach, wünscht

seine gegenwärtige, gegen 9 Jahr inne-

habende Stellung zu verändern. Der

selbe eignet sich auch als Rentmeister,

Rässirer, Materialien-Verwalter pp. Gef.

Adressen werden unter B. 7 postlagernd

Posen erbettet.

Ein verh. **Wirtschafts - In-**

spektor, 14 Jahr Landw. noch im

Amte, f. v. 1. April er. ab Stellung,

womögl. selbstständig oder die des 1.

Beamten. Gef. Off. bitte unter 48

posto restante Samter einzufinden.

Ein junger Mann (Obersekundaner)

wünscht eine Stelle in einem Holz-

oder Produktengeschäft anzunehmen.

Gefällige Offerten sub Litr. A. Z

postlagernd Posen.

Ein Gärtner, 10 Jahre beim

Fach, mit guten Zeugnissen, gegenwärtig

noch in Funktion, sucht Stellung zum

1. April er. f. Nähersetzung durch

Louis Streifand, Buch- und

Schreibmaterialienhandlung

und Buchdruckerei in Grätz.

Ein junger Mann, tüchtiger Philo-

loge, sucht eine Stelle als Haus-

lehrer. Gef. Offerten an Adolph

Wels in Schrimm.

Ein Gärtner, 10 Jahre beim

Fach, mit guten Zeugnissen, gegenwärtig